

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1980

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Konsequenzen der bisherigen und künftigen Bevölkerungsentwicklung

- 121 Der Beitrag zeigt, daß es nicht der Bevölkerungsrückgang ist, der uns in Zukunft vor gefährliche und schwierige Probleme stellt, sondern die damit zwangsläufig verbundene Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung.
-

Lehrernachwuchs 1980

- 132 In Rheinland-Pfalz werden zur Zeit an 23 Studienseminaren über 2 500 Lehramtsanwärter ausgebildet. Mehr als die Hälfte dieser Lehramtsanwärter sind Frauen.
-

Schulentlassungen ausländischer Schüler 1978/79

- 134 Über den Schulerfolg ausländischer Schulabgänger wurden bei der Schülerbewegungstatistik des Jahres 1978/79 erstmals Daten ermittelt. Es zeigte sich, daß ausländische Schüler wesentlich häufiger ohne Abschluß eine Schule verlassen als deutsche Schüler.
-

Baulandmarkt 1979

- 136 Die als Totalerhebung durchgeführte Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland informiert über die Entwicklung der Umsätze und Preise auf dem Baulandmarkt nach Landkreisen und kreisfreien Städten.
-

Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen

- 140 Im Rahmen der 1%-Wohnungsstichprobe wurden die Gebäudeeigentümer befragt, ob sie ab 1973 auf eigene Kosten Modernisierungen oder größere Instandsetzungen durchgeführt haben.
-

Viehwirtschaft 1979

- 142 In der Viehwirtschaft setzte sich die Konzentrationsbewegung fort. Die Zahl der Rinder-, Milchkuh- und Schweinehalter ging erneut deutlich zurück. Auch die Tierbestände nahmen ab. Dagegen erhöhte sich das Milch- und Fleischaufkommen.
-

Anhang

- 41* Zählenspiegel von Rheinland-Pfalz
47* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Konsequenzen der bisherigen und künftigen Bevölkerungsentwicklung

Seit 1974 ist die Bevölkerungsentwicklung bundesweit ständig rückläufig. Dieser Prozeß wird sich in der Zukunft weiter fortsetzen: Bis zum Jahre 1985 wird die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz auf 3,49 Millionen und bis zum Jahre 1990 auf 3,42 Millionen zurückgehen. Sofern die Fruchtbarkeitsziffern unverändert bleiben, wird sich diese Abwärtsentwicklung in der letzten Dekade dieses Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts noch ständig beschleunigen, so daß die Bevölkerung bis zum Jahre 2000 auf 3,3 Millionen und bis zum Jahre 2050 auf 2 Millionen absinken kann. Der gegenwärtige Bevölkerungsstand könnte nur gehalten werden, wenn sich die Fruchtbarkeitsziffern bis Mitte der 80er Jahre um 50% erhöhen würden, womit jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen wohl kaum zu rechnen ist.

Das eigentliche Problem ist aber nicht der Bevölkerungsrückgang, sondern die damit zwangsläufig verbundene Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Während Länder mit einem starken Bevölkerungswachstum sich der Schwierigkeit gegenübersehen, daß der erwerbstätige Teil der Bevölkerung eine - pro Kopf gerechnet - zunehmende Zahl von Kindern und Jugendlichen ernähren, unterbringen, kleiden und ausbilden muß, steigt in den Ländern mit einer schrumpfenden Bevölkerung die Belastung der arbeitenden Bevölkerung mit Renten- und Pensionszahlungen an die älteren Mitbürger, die keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen können. Die Verschiebungen in der Altersstruktur bringen aber noch eine ganze Reihe anderer Probleme mit sich. Sie lassen sich nur ausräumen, wenn die Bevölkerungsentwicklung in der Weise stabilisiert wird, daß die Besetzung der nachwachsenden Geburtsjahrgänge etwa gleich groß ist, was in Rheinland-Pfalz - wie in der Bundesrepublik ganz allgemein - nur bei einer kräftigen Erhöhung der Fruchtbarkeitsziffern möglich ist. no

Mehr über dieses Thema auf Seite 121

Lehrerberuf für Frauen attraktiver als für Männer

An den 23 Studienseminaren des Landes Rheinland-Pfalz werden zur Zeit 2539 Lehramtsanwärter ausgebildet.

941 dieser Seminarteilnehmer bereiten sich in sechs Studienseminaren auf ein Lehramt an Grund- und Hauptschulen vor. Von diesen Anwärtern sind 71% Frauen. Auch an den beiden Studienseminaren für das Lehramt an Sonderschulen mit 238 Lehramtsanwärtern ist der Frauenanteil mit 69% sehr hoch, ebenso an den vier Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen, an denen 72% der 292 Lehramtsanwärter Frauen sind.

Dagegen dominieren an den sechs Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien die Männer. Dort bereiten sich zur Zeit 708 Anwärter auf die zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien vor. Vier von zehn dieser Anwärter sind weiblichen Geschlechts. Von den 360 Teilnehmern an den fünf Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen sind ebenfalls nur 37% Frauen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 132

Nur jeder vierte türkische Schulabgänger erreichte Hauptschulabschluß

Ausländische Schüler verlassen die allgemeinbildenden Schulen wesentlich häufiger ohne Abschluß als deutsche Schüler: Von den ausländischen Schulabgängern des Schuljahres 1978/79 verließen fast die Hälfte die Schulen ohne Abschluß, während der Anteil der Schulentlassenen ohne Abschluß bei den Deutschen bei nur 7,4% lag. Dies ergab die Auswertung der Schülerbewegungsstatistik in Rheinland-Pfalz für das Schuljahr 1978/79.

Die Erfolgsquote ausländischer Schulabgänger ist nach Herkunftsland der Schüler sehr unterschiedlich. Sieben von zehn Schulabgängern mit türkischer Staatsangehörigkeit erreichten 1978/79 keinen Schulabschluß, nur jeder vierte ging mit einem Hauptschulabschluß ab. Dagegen verließ nur jeder fünfte jugoslawische Schulabgänger die Schule ohne Abschluß, mindestens jeder zehnte erreichte einen Sekundarabschluß I oder das Abitur. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 134

Hoher Produktionsstand auch im April

In einer stetigen Aufwärtsentwicklung erreichten Industrie und Handwerk von Rheinland-Pfalz im April 1980 einen hohen Produktionsstand. Gegenüber dem Vormonat wurde noch eine Zunahme um 1,9% erreicht. Die Entwicklung verlief in den Bereichen unterschiedlich. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 11,3%) und der Investitionsgüterbereich (+ 3,3%) erzielten überdurchschnittliche Zuwachsraten gegenüber März 1980, und auch das Verbrauchsgütergewerbe konnte den Ausstoß noch um + 1,3% steigern. Hingegen verzeichnete der Grundstoff- und Produktionsgütersektor einen leichten Produktionsrückgang (- 0,6%). Überdurchschnittlichen Produktionsausweitungen im Straßenfahrzeugbau (+ 7,1%), im Steine und Erden-Bereich (+ 4,2%), bei den Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 3,1%) sowie der Holzverarbeitung (+ 3%) und leichten Zunahmen in der Elektrotechnik (+ 1,8%) und im Maschinenbau einschl. Büromaschinen und ADV-Einrichtungen (+ 1,7%) standen Produktionsminderungen in der chemischen Industrie (- 3,1%), der Herstellung von Schuhen (- 1,7%) sowie von Kunststoffwaren (- 0,9%) gegenüber. fn

Über 280 000 Wohngebäude seit 1973 modernisiert

Nach den Ergebnissen der 1%-Wohnungsstichprobe wurden seit 1973 von den 783 000 Wohngebäuden rund 281 000 oder 36% modernisiert. In diese Wohnungen wurden überwiegend nachträglich sanitäre Einrichtungen wie Bäder oder Duschen (38%) sowie Toiletten (29%) eingebaut oder Sammelheizungen (30%) und eine zentrale Warmwasserversorgung (17%). In 36% der Wohnungen wurden energiesparende Verbundglasfenster installiert.

An den modernisierten Wohngebäuden überwogen Baumaßnahmen im bzw. am Gebäude (74%) vor größeren Instandsetzungen (45%) und Innenausbauten (24%).

Die Kosten der Modernisierung je Gebäude stellten sich im Durchschnitt auf 17 000 DM; am höchsten lagen sie bei Mehrfamilienhäusern und Uraltbauten (Baujahr bis 1918) mit knapp 24 000 bzw. 19 000 DM. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 140

Jede vierte Wohnung hat Doppelfenster

Nach den Ergebnissen der 1%-Wohnungsstichprobe 1978 haben von den ermittelten 1,36 Millionen Wohnungen 25% Doppel-, Verbund- oder isolierverglaste Fenster. Dieser Anteil schwankt innerhalb der verschiedenen Baualtersgruppen erheblich. Neubauten, die zwischen 1965 und 1971 errichtet wurden, erreichen einen Wert von 37%, die von 1972 und später beachtliche 69 Prozent. Verhältnismäßig schlecht sind dagegen die Wohnungen in Altbauten mit Doppelfenstern ausgestattet. Nur nahezu jede achte der bis 1918 gebauten Wohnungen besitzt solche energiesparenden Fenster, von der Baualtersgruppe 1919 bis 1948 sind es erst 19%.

In Mietwohnungen sind weniger oft Doppelfenster eingebaut als in Eigentumswohnungen (21 bzw. 28%). Verhältnismäßig hoch ist der entsprechende Anteil bei den öffentlich geförderten Wohneinheiten; hier hat bereits jede dritte Wohnung Verbundglasfenster. hw

Baulandmarkt 1979

Im Jahre 1979 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 15 679 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 16 Mill. qm und einem Kaufwert von 682 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber dem Vorjahr verminderte sich die Zahl der Kauffälle um 3,7%. Dagegen nahmen die veräußerte Fläche um 1,1% und der gesamte Verkaufserlös um 14% zu. Von den wichtigsten Baulandarten verteuerte sich baureifes Land um 11% auf durchschnittlich 52,73 DM je qm, Rohbauland um 26% auf 36,74 DM und Industrieland um mehr als die Hälfte auf 24,24 DM. Ebenso wie in den davorliegenden Jahren wurde auch 1979 baureifes Land als die bedeutendste Baulandart ausgewiesen. Nahezu drei Fünftel der umgesetzten Fläche waren baureifes Land, auf

Rohbauland entfiel mit 3,78 Mill. qm knapp ein Viertel. Die restliche Fläche verteilt sich auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen. Die flächenmäßigen Umsätze erfuhren für baureifes Land erstmals seit 1973 eine Abnahme, und zwar um 3,5%, wogegen sie beim Rohbauland um 5,9%, Industrieland um 0,8%, Land für Verkehrszwecke um mehr als ein Viertel und den Freiflächen um ein Fünftel zunahmen.

Die durchschnittliche Grundstücksgröße erhöhte sich beim baureifen Land um 24 qm auf 834 qm und beim Rohbauland um 38 qm auf 1499 qm. In der Aufgliederung der Baulandverkäufe nach Baugebieten wurden erneut das Wohngebiet in offener Bauweise und das Dorfgebiet als Schwerpunkte ausgewiesen. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 136

Hohe Auslastung im Bauhauptgewerbe

Trotz des milden Winters und entsprechend wenigen Schlechtwettertagen weist das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe einen hohen Auftragsbestand auf. Er belief sich Ende März 1980 auf rund 2,4 Mrd. DM und lag um 20% über dem vergleichbaren Wert des Vorjahres.

Im ersten Vierteljahr 1980 nahmen saisonbedingt gegenüber dem letzten Quartal 1979 zwar die Zahl der Beschäftigten, Arbeitsstunden, Löhne und Gehälter sowie Umsatz ab, jedoch übertrafen die Auftragseingänge in Höhe von fast 1,1 Mrd. DM das entsprechende Ergebnis um 8,2%. Die positive Entwicklung im Bauhauptgewerbe zeigt der Vergleich mit den Ergebnissen des ersten Vierteljahres 1979. Danach erhöhten sich die Beschäftigten und die geleisteten Arbeitsstunden um 5,7 bzw. 13,8%. Noch höhere Steigerungsraten gab es bei den Löhnen und Gehältern sowie dem Umsatz mit 27 bzw. 50%. br

Neuwagenkäufe rückläufig

Von den rheinland-pfälzischen Zulassungsstellen wurden im ersten Vierteljahr 1980 insgesamt 47 200 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 3 550 oder 7% weniger als im ersten Quartal 1979. Bei dem Rückgang handelt es sich hauptsächlich um Personenkraftwagen (— 11%), wogegen die Neuzulassungen von Krafträdern (+ 36%), Zugmaschinen (+ 17%) und Sonderkraftfahrzeugen (+ 46%) zunahmen.

Das Geschäft mit Gebrauchtwagen ließ im ersten Quartal 1980 wieder einen Aufwärtstrend erkennen. Insgesamt fanden 87 220 Fahrzeuge einen neuen Käufer (+ 2%). Während zwar der Verkauf von Personenkraftwagen leicht rückläufig war (— 0,5%), wechselten wesentlich mehr gebrauchte Krafträder (+ 59%), Zugmaschinen (+ 39%) und Busse (+ 33%) ihren Besitzer. Auch gebrauchte Kombinationskraftwagen wurden um 3% mehr verkauft. gz

Konsequenzen der bisherigen und künftigen Bevölkerungsentwicklung

Grundlage und Aussagewert der Bevölkerungsprognose

Das Statistische Landesamt führt seit mehreren Jahren regionale Bevölkerungsprognosen nach einem Modell durch, das in enger Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei als Oberster Landesplanungsbehörde entwickelt wurde. Der Prognosezeitraum, der 15 Jahre umfaßt, wird dabei regelmäßig auf ein neues Ausgangsjahr umgestellt, so daß die Ergebnisse die jeweils aktuelle Entwicklung berücksichtigen und in die Berechnungsmethode neue Erkenntnisse, die insbesondere aus der Überprüfung der vorangegangenen Prognosen gewonnen werden, eingearbeitet werden können. Diese laufende Fortführung der Prognose ist deshalb ohne weiteres möglich, weil der gesamte Gang der Berechnungen programmiert ist und damit voll maschinell abgewickelt werden kann. Die turnusmäßige Vorlage der jeweils um ein weiteres Jahr fortgeführten Prognose setzt natürlich voraus, daß die Ausgangswerte nach einem festen Terminplan eingegeben werden.

Die eigentliche Bedeutung dieser Prognose liegt natürlich darin, daß durch sie regionale Angaben bis zur Kreisebene bereitgestellt werden. Denn wenn für viele Entscheidungen auch globale Angaben über die voraussichtliche Entwicklung bestimmter demographischer und ökonomischer Eckwerte ausreichen, müssen sich die Planungen auf Landesebene, die ja in den kommunalen Bereich hineinreichen, auf entsprechend regionalisierte Zahlen stützen, da die Maßnahmen, um die es geht, sich immer auf ganz bestimmte Räume beziehen. Größe und Struktur der Bevölkerung gehören dabei zu den wichtigsten Prognosedaten, weil sie den Bedarf an Gütern und Leistungen, aber auch die Möglichkeiten zur Deckung dieses Bedarfs am umfassendsten wiedergeben.

Im folgenden sollen aber nicht die Ergebnisse dieser regionalen Bevölkerungsprognose dargestellt werden, was im Rahmen eines Zeitschriftenartikels wegen der Fülle des Zahlenmaterials auch schwerfallen würde. Aufgabe dieses Beitrages ist es vielmehr, die Gesamtentwicklung der Bevölkerung im Lande Rheinland-Pfalz und die sich daraus ergebenden wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Konsequenzen aufzuzeigen. Da die regionale Bevölkerungsprognose nur auf einen Zeitraum von 15 Jahren angelegt ist, die Auswirkungen, die aus dem bereits gegebenen ungleichmäßigen Bevölkerungsaufbau und dem star-

ken Rückgang der Geburtenhäufigkeit resultieren, aber erst in einem späteren Zeitabschnitt besonders einschneidend fühlbar werden, soll mit Hilfe einer Langfristprognose darüber hinaus ein Blick in die Zukunft bis zum Jahre 2050 geworfen werden. Diese Langfristprognose berücksichtigt allerdings allein die natürliche Bevölkerungsbewegung, da für derart weitreichende Zeiträume keine Annahmen über die Wanderungsbewegung getroffen werden können. Aus der Bevölkerungsentwicklung, so wie sie sich auf Grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung abzeichnet, lassen sich lediglich Hypothesen über die Wanderungen aufstellen, deren Inhalt ganz erheblich von der Beantwortung der Frage abhängt, inwieweit Ungleichgewichte, die sich in der Bevölkerungsstruktur auf Grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung ergeben, durch Zu- und Abwanderungen ausgeglichen werden.

Grundlage der hier dargestellten Ergebnisse ist eine Status-quo-Prognose, die sich an dem bisherigen Verlauf und der gegenwärtigen Ausgangssituation orientiert. Sie berücksichtigt ebensowenig Entwicklungstendenzen, die heute noch nicht erkennbar sind, wie politische Maßnahmen, deren Ziel es ist, diesen Entwicklungsprozeß in der einen oder anderen Richtung zu beeinflussen.

Wenn Prognosen also insofern auch mit erheblichen Unsicherheiten belastet sind, so werden doch die Möglichkeiten einer Fehleinschätzung dadurch eingeschränkt, daß bestimmte für das Prognoseergebnis maßgebliche Faktoren zum Prognosezeitpunkt schon gegeben sind und sich außerdem grundlegende Wandlungen des menschlichen Verhaltens in aller Regel nur über längere Zeiträume hinweg durchsetzen. Das gilt in besonderem Maße für die Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung, da die Zahl der Frauen, die in den nächsten 20 Jahren Kinder gebären können, bereits bekannt ist und auch die Sterbewahrscheinlichkeiten, von revolutionären medizinischen Entdeckungen und Kriegen einmal abgesehen, sich über die Prognosezeiträume, mit denen im allgemeinen gearbeitet wird, kaum einschneidend verändern werden. Daß gleichwohl mit schwerwiegenden Fehleinschätzungen gerechnet werden muß, zeigt die starke Auf- und Abwärtsentwicklung der Fruchtbarkeitsziffern seit 1950, die in diesem Ausmaß sicherlich nicht vorhersehbar war. Hier wird einmal mehr deutlich, daß die Grundannahme vieler Prognosen, die bisherigen

Trends würden sich auch in der Zukunft fortsetzen, völlig in die Irre führen kann. Diese Fallgruben kann man nur umgehen, wenn man die „richtigen“ Fragen über die möglichen Änderungen, die vor uns liegen, stellt, eine Aufgabe, die nicht nur statistischen Sachverstand, sondern auch ein beträchtliches Maß an Phantasie erfordert.

Altersgliederung der Bevölkerung im Ausgangsjahr

Ausgangspunkt jeder Bevölkerungsprognose ist die Altersgliederung der Bevölkerung, die sich am übersichtlichsten durch Bevölkerungspyramiden darstellen läßt. Die Alterspyramide der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz im Ausgangsjahr 1977 zeigt Konturen, die wegen der vielen Einschnitte und Ausbuchtungen ein sehr ungleichmäßiges und zerrissenes Bild vermitteln, insbesondere wenn man sie mit der Bevölkerungspyramide für das Jahr 1900 vergleicht, die den Altersaufbau einer durch stetige Geburtenüberschüsse wachsenden Bevölkerung wiedergibt. Auffallend sind zunächst die Einschnitte auf Grund der Geburtenausfälle während des ersten Weltkrieges und des ersten Nachkriegsjahres (Jahrgänge 1915 bis 1919), der auf die Weltwirtschaftskrise von 1930 folgenden Jahre (Jahrgänge 1931 bis 1933) und des zweiten Weltkrieges und der ersten katastrophalen Nachkriegsjahre (Jahrgänge 1941 bis 1948). Typisch ist weiterhin, daß die geburtenstarken Jahrgänge, die durch entsprechende Ausbuchtungen der Pyramide in Erscheinung treten, in den jüngeren Jahrgängen mit einem Abstand von etwa 19 bis 35 Jahren wiederkehren, wenn die Frauen aus den geburtenstarken Jahrgängen in das gebärfähige Alter hineinwachsen. So ist die starke Besetzung der Geburtsjahrgänge in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und den 60er Jahren zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Mädchen aus dem Babyboom der Jahre 1934 bis 1940 in diesem Zeitabschnitt das gebärfähige Alter erreichten. Ein charakteristisches Kennzeichen der Bevölkerungspyramide ist ferner der Frauenüberschuß in den Jahrgängen ab 1927, der zu einem geringen Teil durch die größere Sterblichkeit der Männer in den höheren Altersgruppen bedingt ist, überwiegend jedoch in den hohen Kriegsverlusten unter den Männern seine Ursache hat. Der Jahrgang 1927 war der letzte Jahrgang, der im zweiten Weltkrieg zum Teil noch zum Kriegsdienst herangezogen wurde. Bei den jüngeren Jahrgängen ist dagegen ein Männerüberschuß zu beobachten, der sich daraus erklärt, daß - wenn auch nur geringfügig - mehr Jungen als Mädchen geboren werden.

Gesamtentwicklung

Die in der Bevölkerungspyramide zum Ausdruck kommende Altersstruktur der Bevölkerung bildet nicht nur die Basis für das weitere Bevölkerungswachstum, sondern auch ein Spiegelbild der vorangegangenen Entwicklung. Legt man das Jahr 1950 als Basisjahr zugrunde, so zeigt sich, daß bis zum Jahre 1963 die Zahl der Lebendgeborenen nahezu kontinuierlich anstieg. In den folgenden Jahren ging die Zahl der Lebendgeborenen zwar laufend zurück; sie war jedoch bis zum Jahr 1971 immer noch größer als die Zahl der Gestorbenen. Auf Grund von Zuwanderungsüberschüssen stieg die Bevölkerung aber noch bis zum Jahre 1973 bis auf 3,7 Millionen an; das bedeutet ge-

genüber 1950 einen Gesamtwachstum von 21,5%, der zu 72% auf einen Geburtenüberschuß und zu 28% auf einen Wanderungsüberschuß zurückzuführen ist. An dem Zuwanderungsüberschuß waren die Zuzüge aus der DDR und den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie die Zuzüge aus dem Ausland mit etwa je einem Drittel beteiligt. In Wirklichkeit war der Anteil der Zuwandernden aus der DDR und den ehemaligen deutschen Ostgebieten aber insofern wesentlich höher, als ein großer Teil der Flüchtlinge unmittelbar nach der Vertreibung zunächst in einem anderen Land Aufnahme gefunden hatte und dann in der ersten Hälfte der 50er Jahre auf die anderen Bundesländer verteilt wurde.

Seit 1974 ist die Bevölkerungsentwicklung ständig rückläufig gewesen. Dieser Prozeß wird sich in der Zukunft weiter fortsetzen: Bis zum Jahre 1985 wird die Bevölkerung auf 3,49 Millionen und bis zum Jahre 1990 auf 3,42 Millionen zurückgehen. Sofern die Fruchtbarkeitsziffern unverändert bleiben, wird sich diese Abwärtsentwicklung in der letzten Dekade dieses Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts noch ständig beschleunigen, so daß die Bevölkerung bis zum Jahre 2000 auf 3,3 Millionen und bis zum Jahre 2050 auf 2 Millionen absinken kann. Der gegenwärtige Bevölkerungsstand könnte nur gehalten werden, wenn sich die Fruchtbarkeitsziffern bis Mitte der 80er Jahre um 50% erhöhen würden, womit jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen wohl kaum zu rechnen ist.

Nun ist ein Bevölkerungsrückgang an sich nicht unbedingt negativ zu beurteilen. Im Gegenteil, wenn man bedenkt, daß

- (1) alle Bemühungen darauf gerichtet sein werden, den Lebensstandard der Bevölkerung ständig zu erhöhen,
- (2) die Erschließung der hierfür erforderlichen Ressourcen nur noch mit steigenden Kosten möglich ist,
- (3) das ebenfalls sehr starke Wachstum des Aufwandes für die Erhaltung der Umweltbedingungen es als sehr zweifelhaft erscheinen läßt, ob die im Rahmen des Umweltschutzes ursprünglich gesetzten Ziele gehalten werden können, und
- (4) damit für die nachfolgenden Generationen außergewöhnlich ungünstige Lebensbedingungen und Entwicklungschancen geschaffen werden,

ist ein Rückgang der Bevölkerung eher zu begrüßen. Außerdem würden sich bei einer geringeren Bevölkerungsdichte, als sie gegenwärtig gegeben ist, viele Probleme, die zum Teil durch die Zusammenballung der Bevölkerung auf relativ kleine Räume bedingt sind, sehr viel leichter lösen lassen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Bevölkerungsdichte im Jahre 1871, als im gegenwärtigen Gebiet von Rheinland-Pfalz nur 1,83 Millionen Personen lebten, mit 92 Einwohnern je Quadratkilometer etwa halb so groß war wie im Jahre 1978 (183 Einwohner).

Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung

Das Problem ist nicht der Bevölkerungsrückgang als solcher, sondern die damit zwangsläufig verbundene Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung.

Während Länder mit einem starken Bevölkerungswachstum sich der Schwierigkeit gegenübersehen, daß der erwerbstätige Teil der Bevölkerung eine - pro Kopf gerechnet - zunehmende Zahl von Kindern und Jugendlichen ernähren, unterbringen, kleiden und ausbilden muß, steigt in den Ländern mit einer schrumpfenden Bevölkerung die Belastung der arbeitenden Bevölkerung mit Renten- und Pensionszahlungen an die älteren Mitbürger, die keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen können. Die Verschiebungen in der Altersstruktur bringen aber noch eine ganze Reihe anderer Probleme mit sich, von denen im folgenden die wichtigsten kurz dargelegt werden sollen. Sie lassen sich nur ausräumen, wenn die Bevölkerungsentwicklung in der Weise stabilisiert wird, daß die Besetzung der nachwachsenden Geburtsjahrgänge etwa gleich groß ist, was in Rheinland-Pfalz - wie in der Bundesrepublik ganz allgemein - nur bei einer kräftigen Erhöhung der Fruchtbarkeitsziffern möglich ist.

Während aber die weniger entwickelten Länder zum Teil die allergrößten Anstrengungen unternehmen, um die weitere Bevölkerungszunahme zu stoppen, da das Bevölkerungswachstum vielfach größer ist als das Wirtschaftswachstum, so daß das Pro-Kopf-Einkommen nicht einmal gehalten, geschweige denn gesteigert werden kann, behandeln die höher entwickelten Industriestaaten den zum Teil sehr einschneidenden Rückgang ihrer Geburtenzahlen vielfach mit „benign neglect“¹⁾.

Unterschiede in der Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Etwas vereinfacht läßt sich feststellen, daß die Gesamtzahl der Bevölkerung den Bedarf einer Volkswirtschaft an Gütern und Dienstleistungen bestimmt, während die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter das zur Deckung dieses Bedarfs zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotential wiedergibt. Zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sollen dabei alle Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren gerechnet werden, eine aus Vergleichsgründen übernommene Abgrenzung, die heute wegen der Verlängerung der Schulzeit und der Herabsetzung der für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben maßgeblichen Altersgrenzen nicht mehr ganz zutreffend ist.

Die Entwicklung ist seit 1950 dadurch gekennzeichnet, daß die Zuwachsraten für die Bevölkerung insgesamt und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zum Teil ganz erheblich auseinanderklaffen. Die folgenden Phasen lassen sich dabei unterscheiden:

(1) Von 1951 bis 1955 lagen die Wachstumsraten für die Gesamtbevölkerung in allen Jahren unter den Wachstumsraten für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Über den gesamten Zeitraum hinweg machte die Zunahme der Gesamtbevölkerung 8,5% und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 10,3% aus. Die auf Grund der schwierigen Nachkriegssituation verursachte strukturelle Arbeitslosigkeit - die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 6,2% - wurde dadurch noch verschärft.

(2) Von 1955 bis 1970 erhöhte sich die Gesamtbevölkerung um 10,7%, während die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nur um 1,3% anstieg. Wegen der angespannten Arbeitsmarktlage kamen in diesem Zeitraum per Saldo fast 80 000 ausländische Arbeitskräfte ins Land. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jahresdurchschnitt auf lediglich 1,7%.

(3) Mit dem Jahr 1971 schlug die Entwicklung erneut um, ein Verlauf, der bis zum Jahre 1985 anhalten wird. Von 1970 bis 1985 wird die Gesamtbevölkerung um 4,6% zurückgehen, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dagegen um 6,9% zunehmen. Diese Strukturverschiebung hat dazu beigetragen, daß die Arbeitslosenquote seit 1970 kontinuierlich angestiegen ist, von 0,8% im Jahre 1970 bis auf 5,1% im Jahre 1975. Seitdem ist sie zwar wieder bis auf 3,7% im Jahre 1979 zurückgegangen; berücksichtigt man jedoch die günstige konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre, so ist festzustellen, daß sich die Arbeitslosigkeit auf einem für deutsche Verhältnisse relativ hohen Niveau stabilisiert hat. Der in den Jahren 1971 bis 1973 noch sehr große Zustrom ausländischer Arbeitskräfte - der Wanderungsüberschuß betrug pro Jahr zwischen 15 000 und 18 000 Personen - ist mit dem Jahre 1974 sprunghaft abgebrochen, so daß sich in den Jahren 1974 bis 1976 ein Wanderungsverlust von 12 000 Personen ergab. Seit 1977 übersteigt die Zahl der Zuwandernden aus dem Ausland zwar wieder die Zahl der Abwandernden; die Wanderungsgewinne halten sich jedoch in recht engen Grenzen (1977 und 1978 etwa 3 400 Personen).

(4) Eine abermalige Veränderung des Entwicklungsverlaufs ist vom Jahre 1986 an zu erwarten. Von 1986 bis 1992, dem vorläufigen Endjahr der auf 15 Jahre angelegten Bevölkerungsprognose, wird die Bevölkerung um insgesamt 2,8%, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aber um 4,9% abnehmen. Wie lange diese Entwicklung danach anhalten wird, ist schwer abzusehen. Bleiben die Fruchtbarkeitsziffern auf ihrem gegenwärtig sehr niedrigen Niveau, so ist damit zu rechnen, daß die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts stärker zurückgehen wird als die Bevölkerung insgesamt, und zwar wird die Bevölkerung insgesamt bis zum Jahre 2040 gegenüber 1985 um rund 35% abnehmen, während der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 43% erreichen wird. Die Situation ist natürlich anders zu beurteilen, wenn die Fruchtbarkeitsziffern wieder stärker ansteigen sollten. Unter der Annahme, daß die Fruchtbarkeitsziffern sich bis Mitte der 80er Jahre um 25% erhöhen, vermindert sich die Bevölkerung insgesamt bis 2040 um 22% und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 27%. Unterstellt man, daß die Fruchtbarkeitsziffern bis Mitte der 80er Jahre um 50% ansteigen, so fällt die Differenz zwischen den Veränderungsraten noch wesentlich geringer aus (- 9 und - 6%).

Belastungsquoten

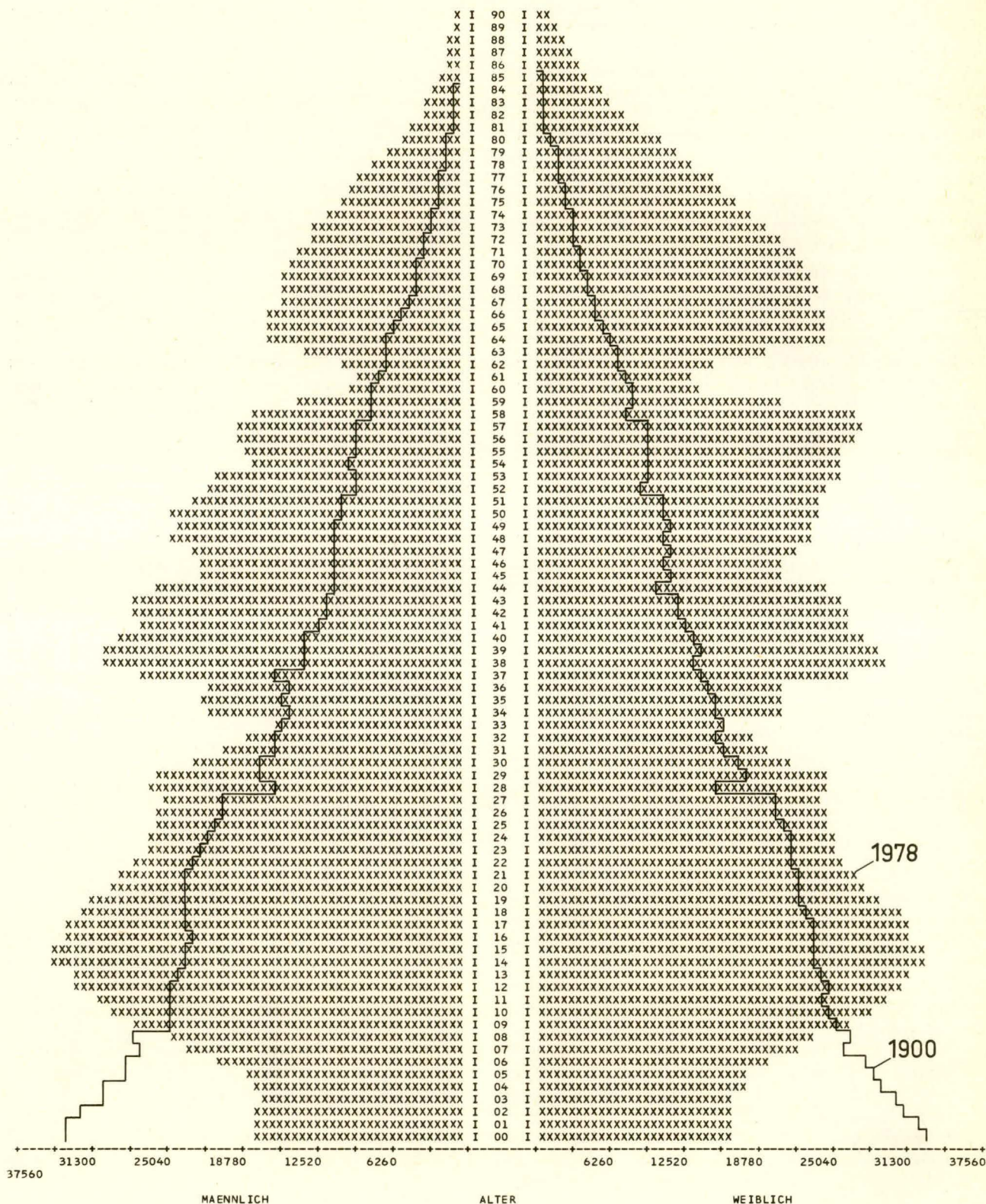
Die Auswirkungen, die diese unterschiedlichen Entwicklungstendenzen der Hauptbevölkerungsgruppen

¹⁾ Vgl. etwa die Antwort der Bundesregierung vom 26. 10. 1979 auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag zu den „Grundproblemen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland“, insbesondere die Ausführungen zu den Fragen 14 bis 17 (Bundestags-Drucksache 8/3069).

Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersjahren 1978

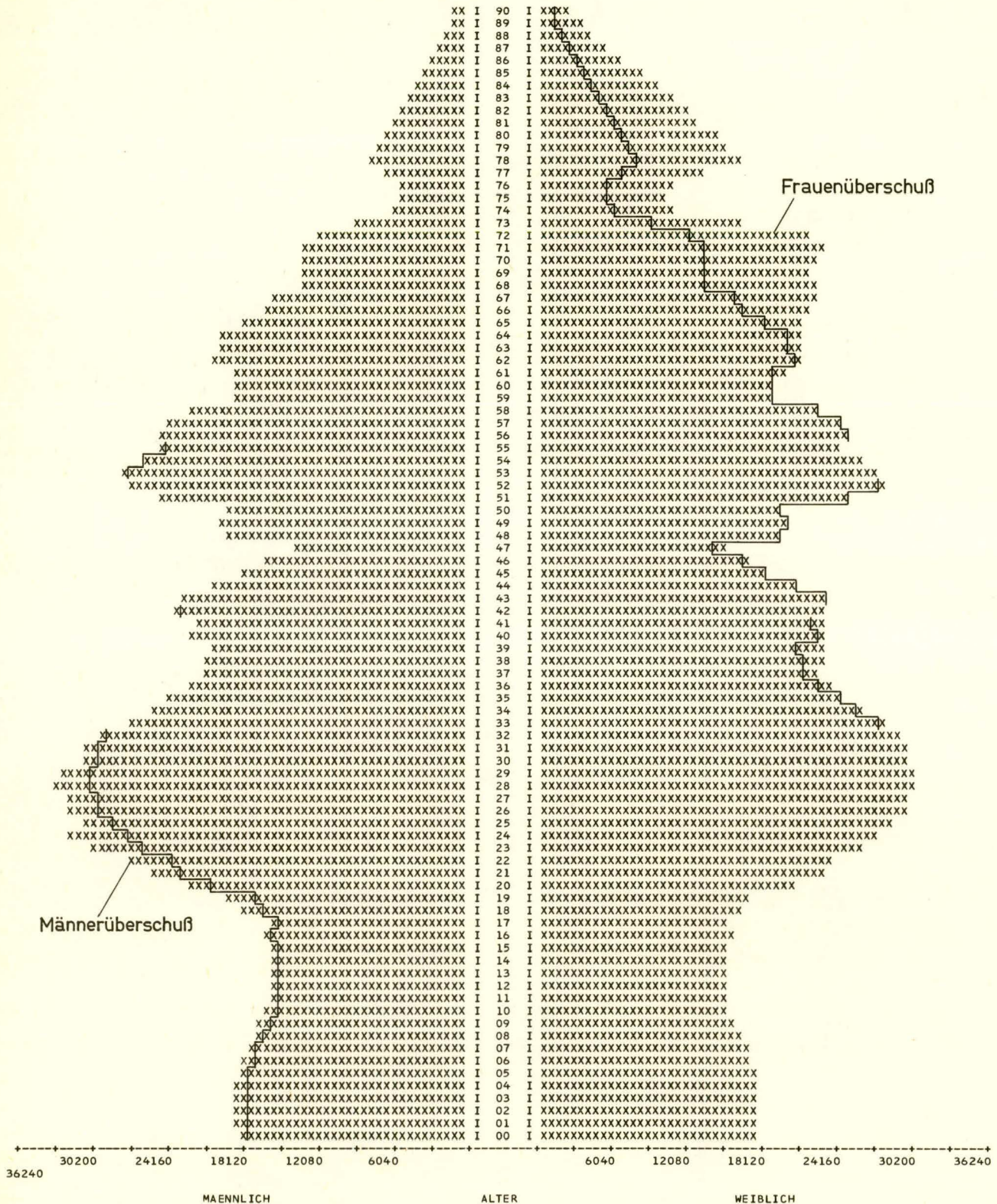
mit einer vergleichenden Darstellung der Bevölkerungspyramide im Jahre 1900

BASISJAHR
(31.12.1978)



Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersjahren 1992

PROGNOSEJAHR 15
(31.12.1992)



haben, lassen sich sehr deutlich nachweisen, wenn man die Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter zu der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Beziehung setzt. Diese „Belastungsquoten“ zeigen, wie groß die Zahl der Personen ist, für die die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufkommen muß. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß nur ein Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgeht und der Umfang der Erwerbstätigkeit erheblich dadurch beeinflußt wird, daß die Erwerbsquoten für die Frauen der einzelnen Altersjahrgänge im Zeitablauf erheblichen Veränderungen unterliegen. Die Belastungsquote insgesamt (Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter) ist nach dem zweiten Weltkrieg zunächst von 492 im Jahre 1950 bis auf 466 im Jahre 1955 gefallen, danach jedoch sehr stark bis auf 602 im Jahre 1969 gestiegen. Seitdem ist die Belastungsquote wieder abgesunken, und zwar bis auf 536 im Jahre 1978. Dieser Prozeß wird voraussichtlich bis 1985 anhalten. Die Belastungsquote wird in diesem Jahr einen vorläufigen Tiefstwert von 431 erreichen. Danach ist jedoch abermals mit einer Aufwärtsentwicklung zu rechnen, die bis 1992, dem derzeitigen Endjahr der Prognose, zu einer Belastungsquote von 464 führen wird.

Der weitere Verlauf hängt in erster Linie davon ab, ob die Fruchtbarkeitsziffern sich auf ihrem gegenwärtigen Niveau halten oder wieder ansteigen werden.

Bleiben die Fruchtbarkeitsziffern unverändert, so ist zu erwarten, daß die Belastungsquote bis zum Jahre 2000 auf 484 ansteigen und sich in den ersten 20 Jahren des nächsten Jahrhunderts etwa auf dieser Höhe halten wird. In den folgenden 20 Jahren wird jedoch eine erneute beschleunigte Aufwärtsentwicklung einsetzen, so daß die Belastungsquote bis 2040 einen Wert von 620 erreichen wird. Diese starke Zunahme der Belastungsquote würde nicht unerheblich abgeschwächt werden, wenn sich die Fruchtbarkeitsziffern wieder erhöhen würden, da die nachrückenden geburtenstärkeren Jahrgänge den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stabilisieren würden. Sofern die Fruchtbarkeitsziffern bis Mitte der 80er Jahre um 25% zunehmen, erhöht sich die Belastungsquote bis zum Jahre 2040 auf nur 540. Für den Fall, daß die Fruchtbarkeitsziffern bis Mitte der 80er Jahre um 50% steigen, wächst die Belastungsquote bis zum Jahre 2040 nur auf 490.

Die zukünftige Entwicklung der Belastungsquote erscheint auf den ersten Blick insoweit als wenig bedrohlich, als selbst die unter der ungünstigsten Annahme im Jahre 2040 zu erwartende Belastungsquote von 620 nur geringfügig die bisher höchste Belastungsquote der Jahre 1969 und 1970 (602) übersteigt. Hier ist nun aber zu beachten, daß die Gesamtbelastung zwei Komponenten, die sich sehr unterschied-

Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1950 – 1992

Jahr (31.12.)	Wohnbevölkerung insgesamt		Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65jährige)		Wohnbevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter (unter 15jährige sowie 65 und mehr Jahre alte Personen)					
					zusammen		unter 15 Jahre alt		65 und mehr Jahre alt	
	1 000	1950=100	1 000	1950=100	1 000	1950=100	1 000	1950=100	1 000	1950=100
1950	3 047	100	2 043	100	1 004	100	719	100	285	100
1951	3 111	102	2 092	102	1 019	102	727	101	293	103
1952	3 170	104	2 137	105	1 033	103	733	102	300	105
1953	3 225	106	2 183	107	1 042	104	737	103	305	107
1954	3 267	107	2 218	109	1 048	104	736	102	312	109
1955	3 305	108	2 254	110	1 051	105	734	102	318	111
1956	3 267	107	2 210	108	1 058	105	740	103	317	111
1957	3 314	109	2 227	109	1 087	108	763	106	323	113
1958	3 355	110	2 242	110	1 113	111	781	109	332	116
1959	3 377	111	2 241	110	1 137	113	797	111	339	119
1960	3 411	112	2 238	110	1 173	117	826	115	347	122
1961	3 439	113	2 240	110	1 199	119	834	116	365	128
1962	3 474	114	2 243	110	1 232	123	857	119	375	131
1963	3 510	115	2 247	110	1 263	126	876	122	386	135
1964	3 545	116	2 257	111	1 288	128	888	124	400	140
1965	3 582	118	2 271	111	1 311	131	896	125	414	145
1966	3 613	119	2 277	111	1 336	133	906	126	429	150
1967	3 625	119	2 271	111	1 354	135	910	127	444	156
1968	3 645	120	2 276	111	1 369	136	913	127	456	160
1969	3 671	120	2 291	112	1 380	137	912	127	468	164
1970	3 659	120	2 283	112	1 376	137	896	125	480	168
1971	3 679	121	2 299	113	1 380	137	888	124	492	172
1972	3 690	121	2 314	113	1 377	137	872	121	505	177
1973	3 701	121	2 333	114	1 368	136	852	119	516	181
1974	3 688	121	2 334	114	1 354	135	827	115	528	185
1975	3 666	120	2 333	114	1 333	133	796	111	537	188
1976	3 649	120	2 340	115	1 309	130	765	106	544	191
1977	3 639	119	2 350	115	1 290	128	734	102	555	195
1978	3 631	119	2 364	116	1 267	126	704	98	563	197
1980	3 594	118	2 390	117	1 204	120	630	88	573	201
1985	3 492	115	2 440	119	1 053	105	508	71	544	191
1990 ¹⁾	3 417	112	2 353	115	1 063	106	499	69	564	198
1992	3 395	111	2 320	114	1 076	107	506	70	570	200

1) Endjahr der auf 15 Jahre angelegten Prognose (Ausgangsjahr 1977).

lich entwickeln, zusammenfaßt: die Bevölkerung im Vorschul- und Schulalter und die Bevölkerung im Rentenalter. Die Art der Belastung, die sich aus der Versorgung dieser beiden Bevölkerungsgruppen durch die jeweils erwerbstätige Bevölkerung ergibt, ist in beiden Fällen grundverschieden. Während die Unterhaltung der Kinder primär Sache der Eltern ist und der Staat dazu nur durch Zahlung von Kindergeld und anderen Sozialleistungen in mehr oder minder großem Umfang beisteuert, werden vom Staat die für die schulische und berufliche Ausbildung der Kinder und Jugendlichen notwendigen öffentlichen Einrichtungen kostenlos bereitgestellt. Hauptkostenfaktor sind hier die Gehaltszahlungen an die Lehrer, Hochschullehrer und das sonstige in den vorschulischen Einrichtungen, Schulen und Hochschulen beschäftigte Personal (in Rheinland-Pfalz 75% der dem Land und den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Jahre 1977 für diese Aufgabenbereiche insgesamt entstandenen Ausgaben). Dagegen sind an die Bevölkerung im Rentenalter Transferzahlungen zu leisten, die im wesentlichen aus den Beiträgen der jeweils im Erwerbsprozeß stehenden Personen aufgebracht werden müssen.

Entlastung durch Rückgang der Bevölkerung im Vorschul- und Schulalter

Die Belastungsquote für die unter 15jährigen, die nach dem zweiten Weltkrieg zunächst von 352 im Jahre 1950 auf 325 im Jahr 1955 zurückging, erhöhte sich in den folgenden Jahren bis auf einen Wert von 401 im Jahre 1967. Seit 1969 ist sie dann ständig gefallen, bis auf 298 im Jahre 1978. Ein vorläufiger Tiefstwert von 205 wird voraussichtlich 1986 erreicht werden. Sollten sich die Fruchtbarkeitsziffern auf dem gegenwärtigen Stand halten, ist danach ein nur leichter Anstieg bis auf 220 im Jahre 2000 zu erwarten. In der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts wird sich die Belastungsquote dann auf einen Stand von 180 bis 200 einpendeln. Unter der Annahme, daß sich die Fruchtbarkeitsziffern bis Mitte der 80er Jahre um 25% bzw. 50% erhöhen, wird die Belastungsquote für die unter 15jährigen bis zum Jahre 2000 auf etwa 230 bzw. 240 ansteigen. Danach ist zunächst bis zum Jahre 2010 in beiden Fällen mit einem Rückgang unter den Schwellenwert von 200 zu rechnen, der anschließend jedoch durch eine Phase relativer Stabilität abgelöst wird, wobei sich die Belastungsquote im ersten Fall auf einem Niveau von 200 bis 210, im zweiten Fall auf 220 bis 230 halten wird.

Steigende Belastung durch Zunahme der Bevölkerung im Rentenalter

In die genau entgegengesetzte Richtung verläuft die Entwicklung dagegen bei der Belastungsquote für die Bevölkerung im Rentenalter. Seit 1950 ist hier eine ständige Aufwärtsentwicklung zu beobachten, die von einem sehr niedrigen Ausgangswert von nur 140 im Jahre 1950 ihren Anfang nahm. Die Zuwachsraten waren in den 50er Jahren zunächst noch durchweg gering, so daß 1960 erst eine Belastungsquote von 155 erreicht wurde. Die danach einsetzende Beschleunigung dieses Prozesses hatte zur Folge, daß die Belastungsquote bis 1970 auf 210 kletterte. Diese Entwicklung fand 1979 mit einem vorläufigen Höchstwert von 242 ihren Abschluß. In den folgenden Jahren ist

Relation zwischen der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1950 – 1992
(Belastungsquoten: Wohnbevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter)

Jahr	Wohnbevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter		
	insgesamt	unter 15 Jahre alt	65 und mehr Jahre alt
1950	492	352	140
1951	487	347	140
1952	483	343	140
1953	478	338	140
1954	473	332	141
1955	466	325	141
1956	479	335	144
1957	488	343	145
1958	497	349	148
1959	507	356	151
1960	524	369	155
1961	535	372	163
1962	549	382	167
1963	562	390	172
1964	570	393	177
1965	577	395	182
1966	587	398	189
1967	596	401	195
1968	601	401	200
1969	602	398	204
1970	602	392	210
1971	600	386	214
1972	595	377	218
1973	586	365	221
1974	580	354	226
1975	571	341	230
1976	560	327	233
1977	549	313	236
1978	536	298	238
1980	504	264	240
1985	431	208	223
1990 ¹⁾	452	212	240
1992	464	218	246

1) Endjahr der auf 15 Jahre angelegten Prognose (Ausgangsjahr 1977).

mit einem Rückgang der Belastungsquote zu rechnen, der jedoch weder von langer Dauer (bis 1984) noch sehr einschneidend sein wird (bis auf 220). Danach ist mit einer erneuten Aufwärtsentwicklung zu rechnen, die weit über den 1979 erreichten Höchstwert hinausgehen wird und uns unter der Annahme konstanter Fruchtbarkeitsziffern im Jahre 2030 eine Belastungsquote bescheren wird, die erheblich über 400 liegt und sich auch in den darauffolgenden 20 Jahren auf diesem Niveau halten wird. Dieses katastrophale Ergebnis wird etwas abgeschwächt, sofern sich die Fruchtbarkeitsziffern bis Mitte der 80er Jahre um 25% bzw. 50% erhöhen sollten: Im ersten Fall überschreitet die Belastungsquote im Jahre 2030 einen Wert von 350 und geht bis zum Jahre 2050 auf 300 zurück, im zweiten Fall übersteigt die Belastungsquote im Jahre 2030 einen Wert von 300, um dann bis zum Jahre 2050 auf 250 abzusinken, einen Wert, der immer noch für außerordentlich hoch gelten muß.

Generationenkonflikt

Die Tatsache, daß die Bevölkerung im Rentenalter sehr viel stärker ansteigt als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, hat ceteris paribus zur Folge, daß ein wachsender Anteil der Erwerbseinkommen für

Renten- und Pensionszahlungen abgezweigt werden muß. Die Konfliktsituation, die sich hieraus ergibt, ist grundsätzlich die gleiche wie in den weniger entwickelten Ländern mit einer stark wachsenden Bevölkerung, in denen ein steigender Anteil des Sozialprodukts für die Unterhaltung der Kinder und Jugendlichen aufgebracht werden muß. Nur dürfte der Konflikt in den hochentwickelten Ländern mit einem zunehmenden Anteil von Rentnern und Pensionären härter ausgetragen werden, da die Gesellschaft eher bereit ist, für ihre Kinder Opfer zu bringen als für ihre älteren Mitbürger, eine Haltung, die in dem nicht nur in Deutschland weitverbreiteten Sprichwort zum Ausdruck kommt, daß ein Vater zwar sieben Söhne ernähren kann, sieben Söhne aber nicht den Vater. Mit einiger Skepsis ist auch die Erwartung zu beurteilen, daß die steigenden Transferleistungen für Rentner und Pensionäre zu einem beträchtlichen Teil aus den Ersparnissen finanziert werden können, die sich im Schul- und Hochschulbereich auf Grund der abnehmenden Schüler- und Studentenzahlen ergeben. Diese Ersparnisse dürften sich nur zum Teil realisieren lassen, da die bestehenden Einrichtungen des öffentlichen Bildungswesens sicherlich nicht ohne weiteres so stark abgebaut werden können, wie es ihrer sinkenden Inanspruchnahme entsprechen würde, zumal man von den verschiedensten Seiten die Gelegenheit wahrnehmen wird, um qualitative Verbesserungen durchzusetzen, wozu ja insbesondere eine Senkung der Schüler-Lehrer-Relation gehört.

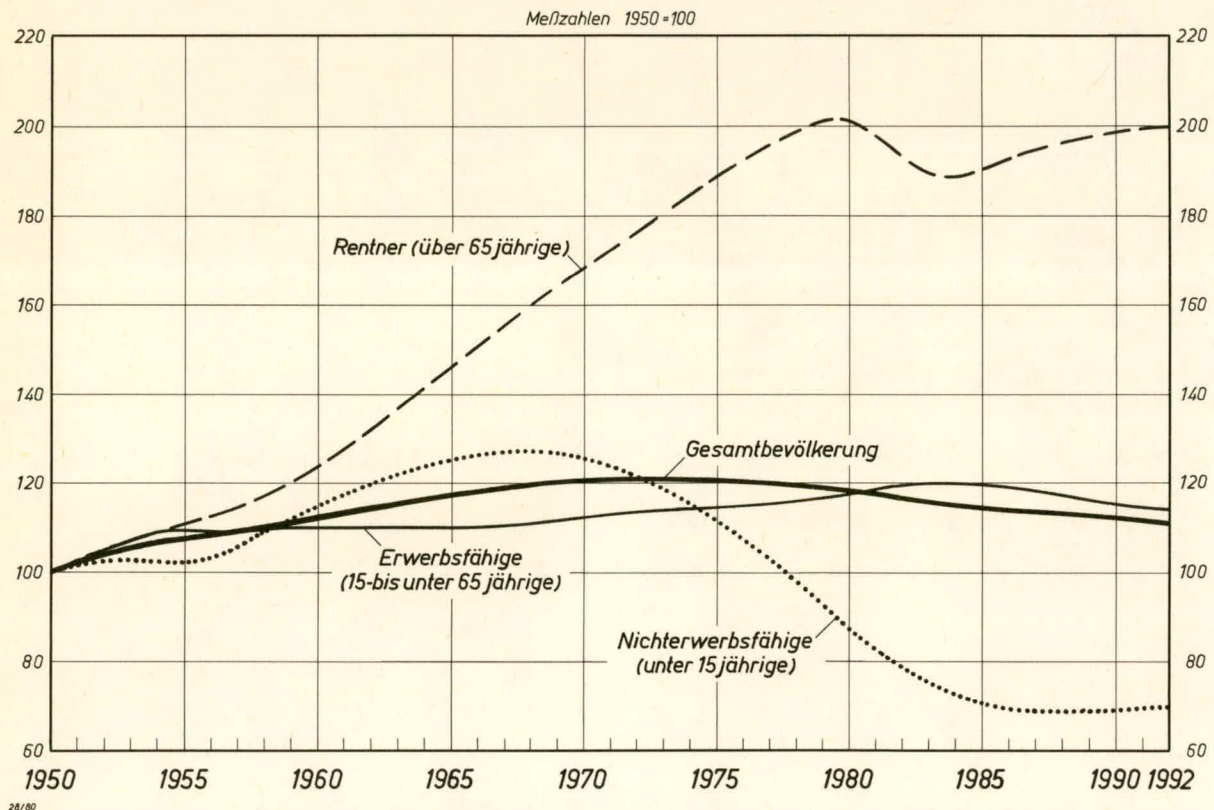
Der Anstieg der Belastungsquote, so wie er durch das Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nachgewiesen wird, muß natürlich nicht unbedingt zu einer wachsenden Belastung der Erwerbstätigen in der Weise führen, daß ein zunehmender Teil des Erwerbseinkommens in Form von Beiträgen und Steuern zur Finanzierung der Transferzahlungen an Rentner und Pensionäre abgezogen wird. Vielmehr könnte diese Entwicklung durch die folgenden gegengerichteten Entwicklungen und Maßnahmen ganz oder zum Teil aufgefangen werden:

(1) Durch eine Erhöhung der Erwerbstätigenquoten, das heißt des Anteils der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, könnte die Zahl der Erwerbstätigen, die durch ihre Arbeit die Mittel für die Zahlung von Renten und Pensionen aufbringen, erhöht und die Belastung für den einzelnen gesenkt werden. Das ist jedoch nur zu erreichen, wenn ein wesentlich größerer Anteil der Frauen einer Berufstätigkeit außerhalb des Haushalts nachgeht, was tendenziell wiederum ein weiteres Absinken der Fruchtbarkeitsziffern impliziert, es sei denn, es würden gleichzeitig in großem Umfang Einrichtungen zur ganztägigen Betreuung der Kinder geschaffen. Fraglich bleibt natürlich dann noch, ob diese Kindertagesstätten von den Frauen akzeptiert würden, was wohl nur dann der Fall sein wird, wenn sie davon überzeugt sind, daß ihre Kinder hier eine Erziehung erhalten, die derjenigen, die sie ihnen selber geben möchten, entspricht. Sofern zur Finanzierung der wachsenden Rentenzahlungen eine Anhebung der Beitragsätze zur Sozialversicherung notwendig wird, dürf-

te sich eine zunehmende Zahl von Ehefrauen dazu entschließen, eine Berufstätigkeit außerhalb des Haushalts beizubehalten oder wieder aufzunehmen, um ein Absinken des Lebensstandards der Familie zu verhindern.

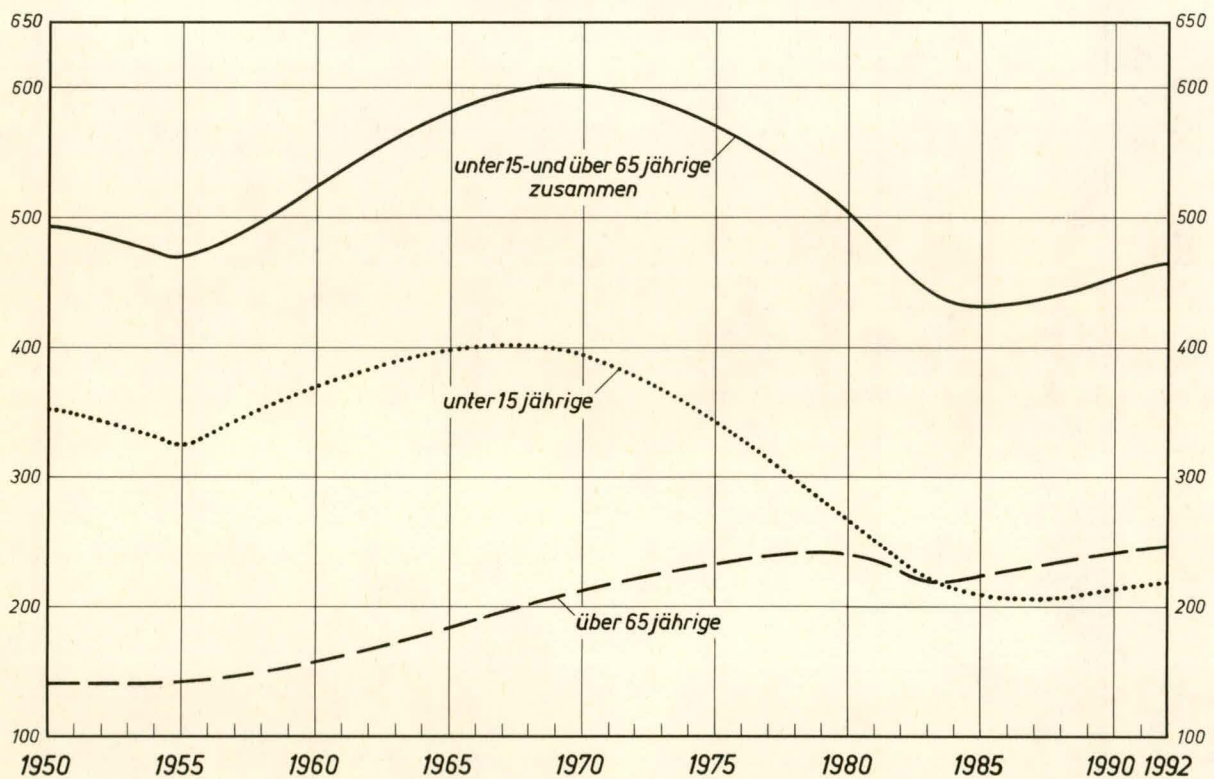
- (2) Nachdem in den Jahren nach 1970, in denen sich durch das Nachrücken von geburtenstärkeren Jahrgängen ein struktureller Überschuß an Arbeitskräften ergab, die für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben maßgeblichen Altersgrenzen vorgezogen wurden, könnten in der umgekehrten Situation gegenläufige Maßnahmen angebracht sein.
- (3) Eine Verminderung der Schul- und Studienzeiten wird dagegen kaum in Betracht kommen können, da durch die Umstrukturierung in der Weltwirtschaft eine fortgeschrittene Industrienation wie Deutschland einen qualifizierten Nachwuchs für die Industrien mit einer hochentwickelten Technologie braucht, in denen wir auch langfristig konkurrenzfähig bleiben werden. Gedacht werden könnte höchstens an eine Verkürzung bestimmter Studiengänge durch eine Straffung und Konzentrierung des Studiums.
- (4) Die Deckung des Arbeitskräftedefizits durch ausländische Arbeitskräfte dürfte der nächstliegende Vorschlag zur Lösung des Problems sein, da er kurzfristig ohne große Schwierigkeiten zu verwirklichen ist. Der Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte sollte den Rahmen einer Komplementärmaßnahme aber deshalb nicht überschreiten, weil andernfalls die Einschleusung ausländischer Arbeitskräfte einen derartigen Umfang annehmen könnte, daß ihre Integration langfristig ganz außerordentliche Probleme entstehen lassen würde, wie sie aus anderen Ländern mit großen Minoritäten bereits zur Genüge bekannt sind.
- (5) Die Belastung könnte natürlich um so leichter getragen werden, je stärker die Produktivität gesteigert werden kann. Eine Erhöhung der je Einwohner bezogenen gesamtwirtschaftlichen Produktivität würde schon dadurch erreicht werden, daß der Anteil der Erwerbstätigen zunimmt. Darüber hinaus dürfte ein Wachstum der Produktivität je Erwerbstätigen immer schwieriger werden, da die Produktivitätsfortschritte bisher vor allem von der Industrie, darüber hinaus aber auch von den übrigen Bereichen der produzierenden Wirtschaft getragen wurden. Der Anteil des Industriesektors am Sozialprodukt nimmt aber immer mehr zugunsten des Dienstleistungssektors ab, in dem die Möglichkeiten für eine Steigerung der Produktivität relativ gering sind, was zu einer deutlichen Verminderung des Wachstums der Produktivität, wenn nicht gar zu einem absoluten Rückgang führen wird.
- (6) Sollte die Bevölkerungsentwicklung einen Verlauf nehmen, wie er durch die Status-quo-Prognosen auf Grund der gegenwärtigen Ausgangsbedingungen aufgezeigt wird, so dürfte es den Sozialversicherungsträgern schwerfallen, die Rentenzahlungen aus eigenen Mitteln aufzubringen, ohne die Beitragssätze auf ein Niveau anzuheben, das allgemein für untragbar gehalten wird. Eine Deckung dieses Defizits durch wachsende Staatszuschüsse

Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1950-1992



Belastungsquoten

Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter



wäre vermutlich unvermeidlich. Die öffentlichen Haushalte könnten dazu aber um so eher in der Lage sein, wenn die wichtigen und großen Zukunftsinvestitionen vor einer zunehmenden Inanspruchnahme durch die Sozialversicherungsträger getätigt sind. Aus der gleichen Sicht erscheint eine rechtzeitige Reduzierung der Verschuldung geboten, um zu verhindern, daß die nachwachsende Generation nicht nur mit hohen Renten- und Pensionsleistungen für die älteren geburtenstärkeren Jahrgänge belastet ist, sondern auch noch die Schulden abtragen muß, die die vorangegangenen Generationen haben auflaufen lassen. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang außerdem, daß der Spielraum für Staatszuschüsse an die Sozialversicherungsträger auch dadurch eingeschränkt wird, daß die öffentlichen Körperschaften sich selbst wachsenden Pensionsverpflichtungen gegenübersehen.

Bevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter

Neben der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der Bevölkerung im Rentenalter verdient die Entwicklung der jüngeren, die öffentlichen Bildungseinrichtungen durchlaufenden Jahrgänge von seiten des Staates eine besondere Beachtung. Im folgenden soll kurz aufgezeigt werden, welchen Entwicklungsverlauf

die den verschiedenen öffentlichen Bildungseinrichtungen zuzuordnenden Altersjahrgänge nehmen werden. Die Abgrenzung der Bevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter muß dabei allerdings recht grob bleiben und kann in keinem Fall genaue Zahlen über die tatsächliche Inanspruchnahme der öffentlichen Bildungseinrichtungen liefern. Diese sollen durch besondere Schüler- und Studentenprognosen bereitgestellt werden, von denen die regionale Schülerprognose für die Grund- und Sonderschulen etwa Mitte 1980 und für die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien gegen Ende 1980 abgeschlossen sein wird. Bis dahin lassen die Angaben über die Bevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter zumindest das Ausmaß der Veränderungen erkennen, mit dem in der Zukunft zu rechnen sein wird. Da die Zahl der Kinder und Jugendlichen durch eine Veränderung der Fruchtbarkeitsziffern am frühesten beeinflusst wird, soll die zukünftige Entwicklung hier nur bis 1992, dem vorläufigen Endjahr der auf 15 Jahre angelegten Bevölkerungsprognose, verfolgt werden, während die Ergebnisse der Langfristprognose unberücksichtigt bleiben.

Die Bevölkerung im Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige) stieg von einem sehr niedrigen Ausgangswert im Jahre 1950 (106 000) sehr steil - allerdings mit gewissen Unterbrechungen - an, und zwar bis auf 197 000 im Jahre 1967. Der mit dem Jahre 1968 ein-

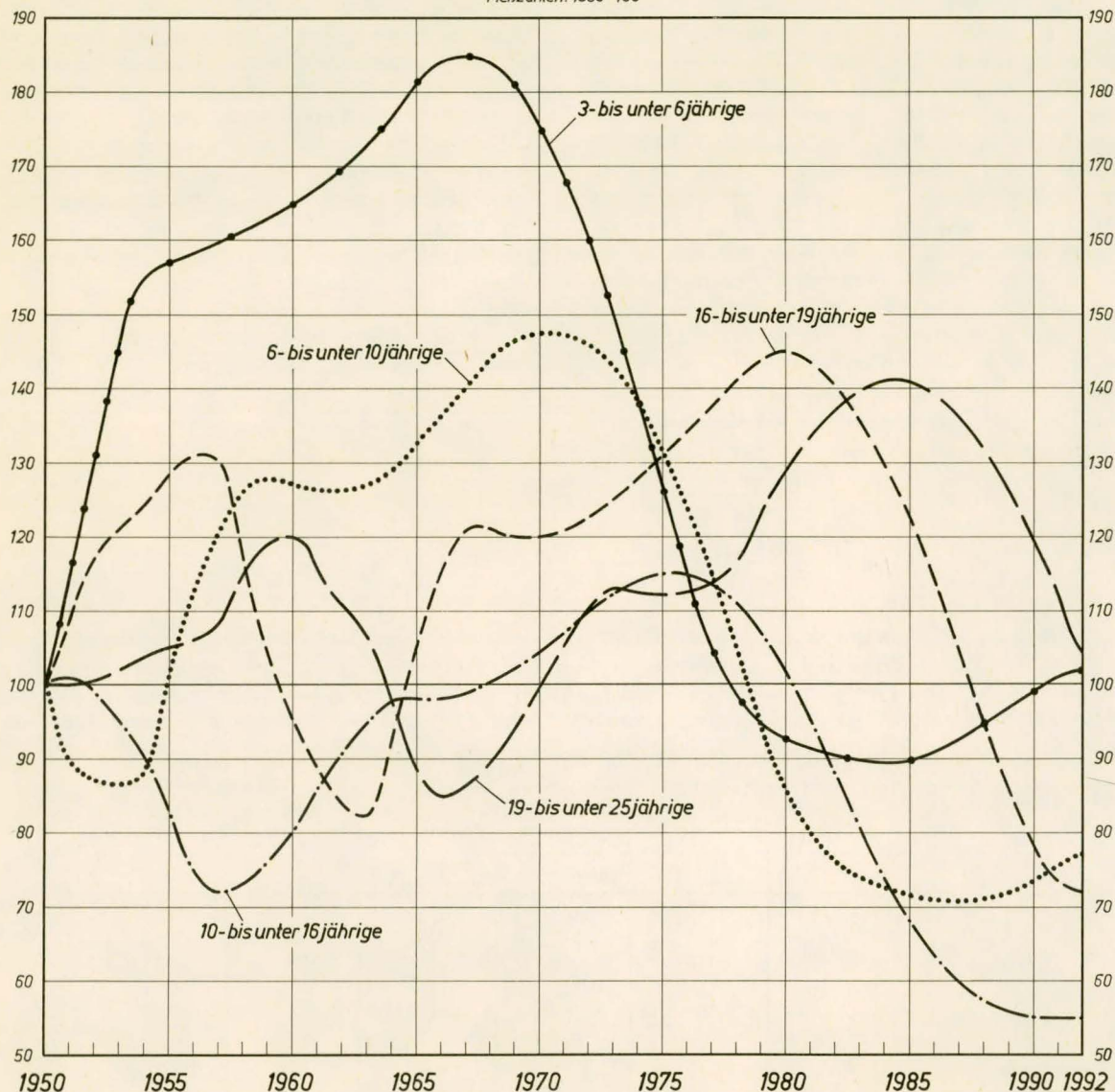
Wohnbevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter 1950 - 1992

Jahr	Wohnbevölkerung im Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige)		Wohnbevölkerung im Schulalter						Wohnbevölkerung im Studienalter (19- bis unter 25jährige)	
			Grundschule (6- bis unter 10jährige)		Sekundar- stufe I (10- bis unter 16jährige)		Sekundar- stufe II (16- bis unter 19jährige)			
	1 000	1950 = 100	1 000	1950 = 100	1 000	1950 = 100	1 000	1950 = 100	1 000	1950 = 100
1950	106	100	176	100	339	100	136	100	282	100
1951	121	114	157	89	341	101	148	108	282	100
1952	139	131	154	87	330	98	161	118	282	100
1953	155	146	152	86	322	95	165	121	286	102
1954	164	155	156	88	308	91	168	123	292	103
1955	166	156	178	101	280	83	174	128	298	106
1956	166	157	197	112	255	75	178	131	288	102
1957	170	160	212	120	243	72	177	130	304	108
1958	173	163	222	126	248	73	160	117	324	115
1959	176	166	224	127	258	76	142	104	333	118
1960	180	170	225	128	271	80	132	97	338	120
1961	173	163	220	125	292	86	121	89	320	114
1962	177	167	221	126	308	91	115	84	313	111
1963	182	171	225	128	322	95	112	82	301	107
1964	188	177	228	129	331	98	127	93	274	97
1965	191	180	235	133	331	98	143	105	253	90
1966	195	184	241	137	332	98	157	115	241	85
1967	197	185	247	140	336	99	164	121	242	86
1968	195	184	253	144	339	100	165	121	252	89
1969	192	181	259	147	347	102	163	120	266	94
1970	184	173	259	147	351	104	163	120	278	99
1971	179	169	258	147	362	107	164	120	295	105
1972	170	160	257	146	371	109	167	123	309	110
1973	158	149	252	143	380	112	171	125	319	113
1974	147	138	243	138	387	114	174	128	317	112
1975	133	126	233	132	388	115	178	131	316	112
1976	121	114	218	124	389	115	182	134	318	113
1977	110	105	204	116	384	113	188	138	322	114
1978	104	98	187	106	377	111	192	141	328	116
1980	99	93	155	88	342	101	197	145	362	129
1985	95	90	127	72	230	68	168	123	398	141
1990, 1)	105	99	129	73	187	55	107	78	337	119
1992	108	102	135	77	186	55	98	72	293	104

1) Endjahr der auf 15 Jahre angelegten Prognose (Ausgangsjahr 1977).

Wohnbevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter 1950-1992

Meßzahlen: 1950=100



31/80

STATISTISCHES LANDESAmt RHEINLAND-PFALZ H

setzende Umschwung ließ die Kindergartenbevölkerung bis auf 104 000 im Jahre 1978 absinken, ein Rückgang, der bis zum Jahre 1984 anhalten wird. Danach ist wieder mit einer gewissen Zunahme zu rechnen, und zwar von 95 000 im Jahre 1984 bis auf 108 000 im Jahre 1992.

Die Bevölkerung im Grundschulalter (6- bis unter 10jährige) war dagegen nach dem zweiten Weltkrieg zunächst rückläufig. Von 1950 bis 1953 nahm sie von 176 000 bis auf 152 000 ab. Die danach einsetzende Aufwärtsentwicklung ließ die Bevölkerung im Grundschulalter bis auf 259 000 im Jahre 1970 anwachsen. Seitdem ist sie wieder laufend gefallen, bis auf 187 000 im Jahre 1978. Der Tiefstwert wird mit 124 000 im Jahre 1987 erreicht werden. Bis 1992 wird die Bevöl-

kerung im Grundschulalter dann wieder bis auf 135 000 ansteigen.

Die Zahl der 10- bis unter 16jährigen, die das Hauptkontingent der die Sekundarstufe I besuchenden Schüler stellen, ging von 339 000 im Jahre 1950 bis auf 243 000 im Jahre 1957 zurück und erhöhte sich danach bis auf 389 000 im Jahre 1976. Bis zum Jahre 1992 wird die Zahl der 10- bis unter 16jährigen um mehr als 200 000 bis auf 186 000 fallen.

Die Zahl der 16- bis unter 19jährigen (der Sekundarstufe II zuzurechnende Altersjahrgänge) nahm zunächst von 136 000 im Jahre 1950 bis auf 178 000 im Jahre 1956 zu, sank dann bis auf 112 000 im Jahre 1963 und hat sich seitdem wieder bis auf 192 000 im Jahre 1978 erhöht. Der Anstieg wird bis zum Jahre 1980 an-

halten, in dem ein Höchstwert von 197 000 erreicht wird. Der mit dem Jahre 1981 beginnende Rückgang wird die Zahl der 16- bis unter 19jährigen bis zum Jahre 1992 um fast 100 000 bis auf 98 000 reduzieren.

Die relativen Schwankungen der Bevölkerung im Studienalter (19- bis unter 25jährige) sind dagegen nicht ganz so einschneidend wie die der Bevölkerung im Schulalter. Die Bevölkerung im Studienalter stieg von 282 000 im Jahre 1950 bis auf 338 000 im Jahre 1960, fiel dann auf 240 000 im Jahre 1966 und erhöhte sich anschließend kontinuierlich bis auf 328 000 im Jahre 1978. Diese Aufwärtsentwicklung wird bis 1984 anhalten und in diesem Jahr einen Höchstwert von 398 000 erreichen. Bis zum Jahre 1992 wird diese Altersgruppe dann wieder um mehr als 100 000 bis auf 293 000 zurückgehen. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, daß der Anteil der Studenten an den Angehörigen dieser Altersjahrgänge verhältnismäßig gering ist und ein Zusammenhang zwischen der Zahl der 19- bis unter 25jährigen und der Zahl der Studenten daher noch weniger gegeben ist als zwischen der Be-

völkerung im Schulalter und der Zahl der Schüler. Ähnliches gilt jedoch auch für die Kindergartenbevölkerung, da ja nur ein Teil dieser Altersjahrgänge auch tatsächlich einen Kindergarten besucht.

Diese Auf- und Abwärtsentwicklung der den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen zuzuordnenden Altersgruppen hat ihre Ursache in dem starken Wechsel von geburtschwachen und geburtenstarken Jahrgängen, wie er sehr deutlich durch die Bevölkerungspyramide für das Jahr 1992 aufgezeigt wird. Er hat zur Folge, daß die Inanspruchnahme der öffentlichen Bildungseinrichtungen ganz erheblichen zyklischen Schwankungen unterliegt, die durch andere für den Besuch der öffentlichen Bildungseinrichtungen maßgebliche Momente noch verstärkt oder abgeschwächt werden. Eine Anpassung an diese Veränderungen bereitet insofern besondere Schwierigkeiten, als die öffentlichen Bildungseinrichtungen überwiegend Beamte auf Lebenszeit beschäftigen.

Dr. K. Nold

Lehrernachwuchs 1980

Die Ausbildung für ein Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen erfolgt in Rheinland-Pfalz in zwei Abschnitten. Zunächst ist ein Studium an einer

Hochschule und der Abschluß der Ersten Staatsprüfung (Lehramtsprüfung) oder einer Diplomprüfung erforderlich. Im zweiten Ausbildungsabschnitt ist ein achtzehnmonatiger Vorbereitungsdienst (drei Ausbil-

Abgelegte Prüfungen 1979 und 1980

Prüfungen für das Lehramt	Ge- schlecht	Abgelegte Prüfungen im Zeitraum vom ... bis ...					
		1.2. - 31.7.1979			1.8.1979 - 31.1.1980		
		zu- gelassen	bestanden	nicht bestanden	zu- gelassen	bestanden	nicht bestanden
an Grund- und Hauptschulen	männlich	110	103	7	122	113	9
	weiblich	216	211	5	307	303	4
	zusammen	326	314	12	429	416	13
des Fachlehrers an Grund- und Hauptschulen	männlich	13	12	1	2	1	1
	weiblich	54	54	-	7	7	-
	zusammen	67	66	1	9	8	1
an Sonderschulen	männlich	15	15	-	15	14	1
	weiblich	36	36	-	24	24	-
	zusammen	51	51	-	39	38	1
an Realschulen	männlich	27	25	2	31	28	3
	weiblich	88	86	2	70	65	5
	zusammen	115	111	4	101	93	8
an Gymnasien	männlich	124	120	4	109	105	4
	weiblich	104	100	4	94	93	1
	zusammen	228	220	8	203	198	5
an berufsbildenden Schulen im höheren Dienst als Referendar	männlich	83	81	2	84	79	5
	weiblich	35	33	2	30	27	3
	zusammen	118	114	4	114	106	8
im gehobenen Dienst als Fachlehrer	männlich	2	2	-	1	1	-
	weiblich	-	-	-	3	2	1
	zusammen	2	2	-	4	3	1
im gehobenen Dienst als Lehrer für Fachpraxis	männlich	-	-	-	3	3	-
	weiblich	2	2	-	9	9	-
	zusammen	2	2	-	12	12	-
I n s g e s a m t	männlich	374	358	16	367	344	23
	weiblich	535	522	13	544	530	14
	insgesamt	909	880	29	911	874	37

... dungshalbjahre) zu absolvieren. Dieser Vorbereitungs- dienst kann im Einzelfall auf Antrag um höchstens 12 Monate verlängert werden.

Der Vorbereitungsdienst wird in Studienseminaren und an Ausbildungsschulen abgeleistet. Einstellungen erfolgen in der Regel jeweils zum 1. Februar und zum 1. August.

Bis 1976 war der Vorbereitungsdienst an Studien- seminaren nur für das Lehramt an Realschulen, Gym- nasien und berufsbildenden Schulen obligatorisch. Zum 1. Februar 1976 wurde er auch für Anwärter für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen eingeführt, zum 1. Februar 1978 dann schließlich auch für das Lehramt an Sonderschulen.

An den Studienseminaren werden zum 1. März und zum 1. Oktober jeden Jahres Erhebungen durchge- führt. Die Erhebung zum 1. März 1980 ergab, daß zur Zeit an den 23 Studienseminaren des Landes Rhein- land-Pfalz 2 539 Lehramtsanwärter ausgebildet wer- den.

Über 900 Anwärter für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen

Die meisten Seminarteilnehmer, insgesamt 941 Per- sonen, befinden sich im Vorbereitungsdienst für das

Teilnehmer in Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen nach Ausbildungshalbjahren 1976 - 1980

Erhebungs- stichtag	Teil- nehmer ins- gesamt	davon befanden sich im ... Ausbildungshalbjahr			
		1.	2.	3.	4. und höheren
2.2.1976	190	190	-	-	-
1.3.1977	894	303	302	289	-
1.3.1978	801	303	199	296	3
1.3.1979	1 214	436	438	295	45
1.3.1980	941	206	288	422	25

Lehramt an Grund- und Hauptschulen, der in Rhein- land-Pfalz in sechs Studienseminaren abgeleistet wer- den kann. In ihrer Mehrzahl bereiten sich diese An- wärter auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen vor (861 Teilnehmer), 80 Teilnehmer streben das Lehr- amt eines Fachlehrers an Grund- und Hauptschulen an. 71% der Anwärter für ein Lehramt an Grund- und Hauptschulen sind Frauen. Das entspricht auch dem Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Stu- denten der Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen Rheinland-Pfalz, die für ein Lehramt an Grund- und Hauptschulen studieren.

Von den Teilnehmern an den Studienseminaren für ein Lehramt an Grund- und Hauptschulen im ersten Ausbildungshalbjahr hat jeder dritte eine Fächerkom- bination mit Grundschulpädagogik. Ebenso häufig sind Fächerkombinationen mit Deutsch und solche mit Mathematik vertreten.

Hoher Frauenanteil auch bei Sonderschul- und Realschullehreranwärtern

Bei den 238 Seminarteilnehmern in den zwei Stu- dienseminaren für das Lehramt an Sonderschulen ist

Teilnehmer in Studienseminaren für das Lehramt an Sonderschulen nach Ausbildungshalbjahren 1978 - 1980

Erhebungs- stichtag	Teil- nehmer ins- gesamt	davon befanden sich im ... Ausbildungshalbjahr		
		1.	2.	3. und höheren
1. 3.1978	51	51	-	-
1.10.1978	91	40	51	-
1. 3.1979	181	90	40	51
1.10.1979	206	76	90	40
1. 3.1980	238	70	77	91

der Frauenanteil mit 69% fast ebenso hoch wie an den Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen. Von den 70 Anwärtern auf ein Lehramt an Sonderschulen im ersten Ausbildungshalbjahr hat fast ein Drittel als Lernbereich Sprache und Kommu- nikation gewählt, rund ein Viertel Ästhetische Erzie- hung und 23% den Lernbereich Individuum-Gesell- schaft.

In den vier Studienseminaren für die Ausbildung zum Lehramt an Realschulen bereiten sich zur Zeit 292 Anwärter vor. Mit 72% ist der Frauenanteil hier noch höher als an den Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und Sonder- schulen. Auch bei den Seminarteilnehmern für ein Lehramt an Realschulen dominieren Fächerkombina- tionen mit Deutsch (rund ein Drittel), aber auch mit Englisch (28%), Mathematik (19%) und Französisch (18%).

Hohe Erfolgsquote

Eine ähnliche Fächerbelegung zeigt sich auch bei den Lehramtsanwärtern im ersten Ausbildungshalb- jahr in den sechs Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien. Auch hier kommen Fächerkombinati- onen mit Deutsch (27%), dann allerdings gefolgt von Erdkunde (22%), Englisch (21%) und Mathematik (19%) am häufigsten vor.

An den Studienseminaren für das Lehramt an Gym- nasien, die zur Zeit von 708 Teilnehmern besucht wer- den, ist die Geschlechterrelation anders als an den übrigen Seminaren. Nur 39% der Lehramtsanwärter an diesen Seminaren sind Frauen.

Seminarteilnehmer 1971 - 1980

Jahr	Teilnehmer an Studienseminaren für das Lehramt an ...					
	Realschulen		Gymnasien		berufsbildenden Schulen	
	ins- gesamt	weib- lich	ins- gesamt	weib- lich	ins- gesamt	weib- lich
1971	187	113	320	99	173	30
1972	293	198	300	109	242	50
1973	304	210	342	131	377	72
1974	297	215	337	135	451	92
1975	346	254	631	261	498	94
1976	331	225	660	226	411	91
1977	336	241	628	225	327	82
1978	342	257	709	288	363	110
1979	339	248	652	275	389	134
1980	292	211	708	275	360	132

Ebenso gering ist der Frauenanteil an den fünf Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Dort sind von 360 Teilnehmern 37% Frauen.

Von den Anwärtern, die sich an den Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen auf die zweite Staatsprüfung vorbereiten, sind die meisten (310) Referendare im höheren Dienst. Nur wenige der Teilnehmer in diesen Seminaren bereiten sich auf ein Lehramt im gehobenen Dienst als Fachlehrer (11 Anwärter) oder als Lehrer für Fachpraxis (39) vor.

Bei den Anwärtern auf ein Lehramt an berufsbil-

denden Schulen überwiegen Fächerkombinationen mit Betriebswirtschaft (39%) und mit Sozialkunde (27%).

Von den 911 Lehramtsanwärtern in allen Studienseminaren, die im Halbjahr vom 1. August 1979 bis 31. Januar 1980 zur zweiten Staatsprüfung zugelassen waren, bestanden nur 4 von 100 diese Prüfung nicht. Am höchsten war die Durchfallquote bei den Anwärtern auf ein Lehramt an Realschulen mit 7,9% und bei den Anwärtern auf ein Lehramt an berufsbildenden Schulen mit 6,9%.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Schulentlassungen ausländischer Schüler im Schuljahr 1978/79

Ausländische Schüler verlassen den Bereich der allgemeinbildenden Schulen wesentlich häufiger ohne Abschluß als deutsche Schüler. Dies ergab die Auswertung der Schülerbewegungsstatistik von Rheinland-Pfalz für das Schuljahr 1978/79, die im Juni 1979 durchgeführt worden war. Bei dieser Erhebung war erstmals die Frage nach der Zahl der Schulentlassenen differenziert nach der Staatsangehörigkeit gestellt worden.

Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, daß ausländische Schulabgänger einen sehr hohen Anteil an der Zahl der Schulentlassenen ohne Schulabschluß haben. Ausländerkinder machten in Rheinland-Pfalz 1978/79 zwar nur 1,7% aller Schulabgänger aus den allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) aus. Aber von dieser Gruppe verließen fast die Hälfte die Schulen ohne Abschluß, während der Anteil bei den Deutschen bei nur 7,4% lag. Dagegen fallen die wenigen Ausländer bei den Schulabgängern mit Sekundarabschluß I oder mit Abitur kaum ins Gewicht. Von den ausländischen Schulabgängern des Schuljahres 1978/79 hatte nicht einmal jeder zehnte einen Sekundarabschluß I oder das Abitur, während unter den deut-

schen Schulabgängern 38% einen solchen Abschluß nachweisen konnten.

Allerdings zeigt die Aufschlüsselung ausländischer Schulabgänger nach der Staatsangehörigkeit, daß sich je nach dem Herkunftsland der Schulabgänger hier große Unterschiede ergeben.

Sieben von zehn türkischen Schulabgängern ohne Abschluß

Die größte Gruppe unter den ausländischen Schulabgängern bilden die türkischen Schüler. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schulabgänger 1978/79 lag mit 42% etwas über ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1978/79 (37,8%). Sieben von zehn Schulabgängern mit türkischer Staatsangehörigkeit erreichten 1978/79 keinen Schulabschluß, nur jeder vierte ging mit einem Hauptschulabschluß von der Schule ab.

Bei keiner Gruppe von ausländischen Schulabgängern ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Abschluß so hoch wie bei den türkischen Schülern. Unter den Schulabgängern aus den Ländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien, Türkei und Portugal

Schulabgänger 1978/79

Schulabgänger aus	Schul- entlassungen insgesamt		davon							
			ohne Hauptschul- abschluß		mit Hauptschul- abschluß		mit Sekundar- abschluß I		mit Abitur	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Grund- und Hauptschulen	37 098	100,0	4 530	12,2	31 294	84,4	1 274	3,4	-	-
Deutsche	36 204	100,0	4 055	11,2	30 888	85,3	1 261	3,5	-	-
Ausländer	894	100,0	475	53,1	406	45,4	13	1,5	-	-
Realschulen	10 586	100,0	118	1,1	415	3,9	10 053	95,0	-	-
Deutsche	10 537	100,0	114	1,1	411	3,9	10 012	95,0	-	-
Ausländer	49	100,0	4	8,2	4	8,2	41	83,7	-	-
Gymnasien	11 365	100,0	126	1,1	482	4,2	2 782	24,5	7 975	70,2
Deutsche	11 322	100,0	125	1,1	476	4,2	2 771	24,5	7 950	70,2
Ausländer	43	100,0	1	2,3	6	14,0	11	25,6	25	58,1
Integrierten Gesamtschulen	212	100,0	18	8,5	64	30,2	62	29,2	68	32,1
Deutsche	207	100,0	18	8,7	62	30,0	59	28,5	68	32,9
Ausländer	5	100,0	-	-	2	40,0	3	60,0	-	-
I n s g e s a m t	59 261	100,0	4 792	8,1	32 255	54,4	14 171	23,9	8 043	13,6
Deutsche	58 270	100,0	4 312	7,4	31 837	54,6	14 103	24,2	8 018	13,8
Ausländer	991	100,0	480	48,4	418	42,2	68	6,9	25	2,5

Staat	Schul- entlassungen insgesamt			davon							
				ohne Hauptschul- abschluß		mit Hauptschul- abschluß		mit Sekundar- abschluß I		mit Abitur	
	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Griechenland	81	8,2	100,0	26	32,1	50	61,7	3	3,7	2	2,5
Italien	210	21,2	100,0	89	42,4	106	50,5	13	6,2	2	1,0
Jugoslawien	51	5,1	100,0	9	17,6	36	70,6	5	9,8	1	2,0
Portugal	49	4,9	100,0	18	36,7	30	61,2	1	2,0	-	-
Spanien	50	5,0	100,0	23	46,0	23	46,0	3	6,0	1	2,0
Türkei	421	42,5	100,0	298	70,8	111	26,4	7	1,7	5	1,2
Übrige	129	13,0	100,0	17	13,2	62	48,1	36	27,9	14	10,9
Insgesamt	991	100,0	100,0	480	48,4	418	42,2	68	6,9	25	2,5

zeigten die - zahlenmäßig allerdings kaum ins Gewicht fallenden - Jugoslawen die günstigsten Werte. Nur jeder fünfte jugoslawische Schulabgänger verließ die Schule ohne Abschluß, mindestens jeder zehnte erreichte aber einen Sekundarabschluß I oder das Abitur.

Gründe für die ungünstigen Entlassungsquoten ausländischer Schüler liegen u. a. in den teilweise mangelnden Sprachkenntnissen der Schüler, aber auch darin, daß die ausländischen Schüler bei Beendigung des Schulbesuchs oft nicht neun Jahre zur Schule gingen, zumindest nicht in der Bundesrepublik Deutschland.

Über die Dauer des Schulbesuchs ausländischer Schüler in der Bundesrepublik lagen bislang keine Daten aus der Schulstatistik vor. Mit der Schülerbewegungsstatistik 1978/79 wurde in Rheinland-Pfalz bei einigen Grund- und Hauptschulen mit hohem Anteil ausländischer Schüler eine Zusatzserhebung durchgeführt, die Aufschluß über die Schulbesuchsdauer ausländischer Schulentlassener geben sollte. Gefragt wurde dabei nur nach den Schulabgängern aus den Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei und nach der Zahl der Schulbesuchsjahre in der Bundesrepublik Deutschland.

In diese Zusatzserhebung einbezogen waren Schulen, an denen zwar nur 4,7% aller Grund- und Hauptschüler, aber 14,7% aller ausländischen Grund- und Hauptschüler des Jahres 1978/79 unterrichtet worden waren.

Mit der Stichprobe war für jede der einbezogenen Staatsangehörigkeiten eine Erfassungsquote von über 10 % erreicht. Die Ergebnisse wurden für jede Staatsangehörigkeit und jede Abschlußart getrennt ermittelt. Die ausländischen Schulabgänger mit Sekundarabschluß I wurden bei dieser Hochrechnung wegen ihrer geringen Zahl vernachlässigt.

Schulerfolg von Schulbesuchsdauer abhängig

Die Ergebnisse erhärteten die These, daß die ungünstigen Entlassungsquoten ausländischer Schüler überwiegend daraus resultieren, daß die ausländischen Schüler deutsche Schulen vielfach nur wenige Jahre besuchen. Beispielsweise haben von den 261 ausländischen Schulabgängern mit und ohne Hauptschulabschluß, die nach acht und mehr Jahren eine

deutsche Grund- und Hauptschule verließen, drei Viertel den Hauptschulabschluß erreicht, aber nur 12,1% von den 265 Schülern, die drei Jahre und weniger eine deutsche Schule besucht hatten.

Deutlich wird dies vor allem bei Schulabgängern mit türkischer Staatsangehörigkeit. Auch von den 53 türkischen Schülern, die acht und mehr Jahre in einer Schule der Bundesrepublik beschult wurden, hatten 84,9% den Hauptschulabschluß erreicht. Von den 215 türkischen Schulabgängern mit und ohne Hauptschulabschluß, die nur für drei Jahre oder für eine noch kürzere Zeit eine deutsche Schule besuchten, erreichten nur 7% den Hauptschulabschluß.

Allerdings sollte bei Aussagen über die Schulbesuchsdauer ausländischer Schulabgänger immer berücksichtigt werden, daß Rheinland-Pfalz ein Bundesland mit relativ niedrigem Ausländeranteil und daher

Ausländische Schulabgänger aus Grund- und Hauptschulen nach Schulbesuchsjahren 1978/79

Schulabgänger	Ins- gesamt	davon mit ... Schulbesuchsjahren in der Bundesrepublik Deutschland			
		1 - 3	4 - 6	7 - 9	10 und mehr
		%			
mit Hauptschul- abschluß	43,2	12,1	41,0	67,5	95,0
ohne Hauptschul- abschluß	56,8	87,9	59,0	32,5	5,0

auch mit einem relativ niedrigen Anteil an ausländischen Schülern ist. Es ist deshalb durchaus möglich, daß sich bei einer Erfassung auf Bundesebene andere Werte ergäben.

Doch generell ist festzustellen, daß der Prozentsatz der Schulabgänger aus Grund- und Hauptschulen, die ohne Schulabschluß die Schule verließen, bei den deutschen Schülern wesentlich niedriger liegt (1978/79 : 11,2%) als bei den ausländischen Schülern (1978/79 : 53,1%). Mit ein Hauptgrund für diese hohe Quote bei den ausländischen Schulabgängern liegt darin, daß die Kinder ausländischer Arbeitnehmer oft nur wenige Jahre an einer deutschen Schule unterrichtet werden.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Baulandmarkt 1979

In der als Totalerhebung durchgeführten Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland sind alle veräußerten unbebauten Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Kaufwert mindestens 200 DM beträgt. Bebaute Grundstücke werden nicht mit einbezogen, da die Kaufwerte im all-

gemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude und Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten. Berichtspflichtig zur Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland sind nach § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 die Finanzämter, die aufgrund der

Baulandverkäufe und durchschnittliche Kaufwerte nach Baulandarten 1962 - 1979

Jahr	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	Baureifes Land	Rohbauland	Industrieland	Land für Verkehrs- zwecke	Freifläche
Kauffälle							
1962	12 787	.	7 474	4 297	395	509	112
1963	11 548	- 9,7	5 950	4 265	398	847	88
1964	12 702	10,0	6 927	4 628	400	635	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1966	11 555	- 7,4	8 208	2 452	328	438	129
1967	9 600	- 16,9	7 207	1 479	230	559	125
1968	10 846	13,0	7 532	1 800	308	1 018	188
1969	11 886	9,6	8 094	2 152	677	781	182
1970	12 409	4,4	8 446	2 278	670	805	210
1971	14 183	14,3	9 353	3 201	459	945	225
1972	15 515	9,4	10 175	3 605	449	935	351
1973	13 436	- 13,4	9 103	2 757	399	982	195
1974	12 371	- 7,9	7 901	2 271	335	1 233	631
1975	12 674	2,4	8 694	2 042	310	1 206	422
1976	13 402	5,7	9 453	1 986	330	1 308	325
1977	14 301	6,7	10 412	2 004	321	1 340	224
1978	16 274	13,8	11 693	2 442	366	1 441	332
1979	15 679	- 3,7	10 959	2 520	420	1 450	330
Fläche (1 000 qm)							
1962	15 706	.	6 273	6 475	2 201	597	160
1963	13 289	- 15,3	5 114	5 955	1 103	942	184
1964	14 672	10,3	5 583	6 209	1 744	946	190
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1966	13 954	- 9,5	7 217	4 591	1 407	474	265
1967	10 215	- 26,8	5 772	2 700	849	708	186
1968	11 507	12,6	6 244	2 816	1 045	1 079	323
1969	14 250	23,8	6 908	3 429	2 670	911	332
1970	14 632	2,7	7 181	3 946	2 298	732	475
1971	17 795	21,6	8 583	5 166	2 360	1 199	487
1972	19 156	7,6	9 698	5 521	2 956	517	464
1973	15 403	- 19,6	7 892	4 688	1 700	752	371
1974	13 444	- 12,7	6 493	3 216	1 170	1 333	1 232
1975	12 915	- 3,9	6 884	2 768	953	1 635	675
1976	12 096	- 6,3	7 261	2 512	1 017	920	386
1977	12 651	4,6	7 872	445	985	894	455
1978	15 780	24,7	9 469	3 567	1 576	655	513
1979	15 953	1,1	9 140	3 777	1 589	829	618
Preis je qm (DM)							
1962	8,43	.	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1963	9,69	14,9	12,15	8,65	7,92	6,34	3,61
1964	10,92	12,7	14,01	10,58	6,30	4,55	5,41
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1966	13,45	7,8	16,01	12,19	7,76	7,91	5,58
1967	14,06	4,5	17,87	9,64	11,03	5,95	4,66
1968	16,52	17,5	21,44	11,58	12,00	7,47	9,46
1969	16,60	0,5	23,99	11,29	8,89	6,70	6,58
1970	17,86	7,6	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21
1971	20,12	12,7	24,45	20,85	10,11	9,30	11,30
1972	23,29	15,8	27,64	24,61	9,61	12,72	15,69
1973	25,33	8,8	28,59	24,89	19,19	10,64	19,41
1974	24,71	- 2,4	28,43	30,92	20,44	11,10	7,65
1975	26,87	8,7	33,67	24,25	17,87	14,06	11,99
1976	31,18	16,0	36,68	32,83	14,71	8,06	15,59
1977	34,47	10,6	41,68	30,65	19,31	7,87	15,33
1978	37,75	9,5	47,65	29,13	15,55	13,42	14,37
1979	42,74	13,2	52,73	36,74	24,24	13,75	17,99

Baugebiet	Baureifes Land				Rohbauland			
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-preis	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-preis	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	DM	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	DM
Geschäftsgebiet	2	2	.	.	-	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	24	17	4 478	268,99	-	-	-	-
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	49	38	7 428	197,17	-	-	-	-
Wohngebiet in offener Bauweise	7 682	6 207	415 853	67,00	1 714	2 433	122 708	50,44
Industriegebiet	6	16	189	11,33	8	40	527	12,96
Dorfgebiet	3 196	2 860	51 426	17,98	798	1 304	15 552	11,93
I n s g e s a m t	10 959	9 140	481 925	52,73	2 520	3 777	138 787	36,74

ihnen von Notaren und Behörden zugeleiteten Veräußerungsanzeigen für jeden Kauffall einen Erhebungsbogen ausfüllen.

Es ist zu beachten, daß bei einer tiefen regionalen und sachlichen Gliederung der Ergebnisse Zufallseinflüsse wie Großverkäufe, Veräußerungen von Liebhäuserobjekten, Kaufgeschäfte unter Verwandten und dergleichen um so wirksamer werden können, je geringer die Zahl der Kauffälle ist.

9,1 Mill. qm baureifes Land und 3,8 Mill. qm Rohbauland umgesetzt

Im Jahre 1979 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 15 679 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 16,0 Mill. qm und einem Verkaufswert von 681,8 Mill. DM den Eigentümer. Die Zahl der Kauffälle, welche seit 1975 kontinuierlich angestiegen war, verminderte sich im Berichtsjahr um 3,7%, während die veräußerte Fläche um 1,1% zunahm. Im Jahre 1978 hatte sich dagegen eine Zunahme der insgesamt veräußerten Fläche um ein Viertel ergeben. Verursacht wurde die Entwicklung im vergangenen Jahr vor allem durch einen Rückgang der Umsätze von baureifem Land, die nur noch 9,1 Mill. qm erreichten, das entspricht einem Rückgang von 3,5%. Der gesamte Verkaufserlös erhöhte sich hingegen um 14%, wobei sich im Durchschnitt aller Baulandarten ein Quadratmeterpreis von 42,74 DM errechnete, gegenüber 37,75 DM im Vorjahr. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß im Berichtsjahr die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude um 8,3% auf 16 035 und für Nichtwohngebäude um 8,1% auf 2 612 zurückging. Der Mangel an Grundstücken für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie die oft geringere Wohnumfeldqualität sind Ursachen für eine zunehmende Bautätigkeit in den Umlandgemeinden der Städte. Kommunale Maßnahmen zur Ausweisung neuer Baugebiete dürften das Problem des knappen Baulands jedoch nur teilweise lösen können.

Von den wichtigsten Baulandarten verteuerte sich baureifes Land um 11% auf 52,73 DM je qm, Rohbauland um 26% auf 36,74 DM und Industrieland sogar um mehr als die Hälfte auf 24,24 DM. Ebenso wie in den davorliegenden Jahren wurde auch 1979 baureifes Land als die bedeutendste Baulandart ausgewiesen. Nahezu drei Fünftel der umgesetzten Flächen waren baureifes Land, auf Rohbauland entfiel mit 3,78 Mill. qm knapp ein Viertel. Die restliche Fläche verteilt sich

auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen. Die flächenmäßigen Umsätze erfuhren für baureifes Land erstmals seit 1973 eine Abnahme, und zwar um 3,5%, während sie dagegen beim Rohbauland um 5,9%, Industrieland um 0,8%, Land für Verkehrszwecke um mehr als ein Viertel und den Freiflächen um ein Fünftel zunahmen.

Die Durchschnittsgröße aller verkauften Grundstücke erhöhte sich um 47 qm auf 1 017 qm. Von den einzelnen Baulandarten stieg die durchschnittliche Grundstücksfläche beim baureifen Land um 24 qm auf 834 qm, beim Rohbauland um 38 qm auf 1 499 qm, während sie beim Industrieland um 523 qm auf 3 783 qm sank. Beim Land für Verkehrszwecke, für welches im Jahre 1979 mit 1 450 Verkaufsfällen die größte Zahl seit 1962, dem Jahr der Einführung der Baulandpreisstatistik, ermittelt wurde, fiel der durchschnittliche Flächenumfang mit 572 qm am kleinsten aus, Freiflächen erreichten hingegen im Schnitt 1 873 qm.

Baureifes Land kostet im Wohngebiet in offener Bauweise durchschnittlich 67 DM

Was die Baulandverkäufe nach einzelnen Baugebieten anbelangt, so werden seit vielen Jahren das Wohngebiet in offener Bauweise und das Dorfgebiet als Schwerpunkte ausgewiesen. Hier dürfte auch künftig die Bautätigkeit am stärksten sein. Im Wohngebiet in offener Bauweise stieg im Berichtsjahr der Quadratmeterpreis für baureifes Land auf 67 DM (+ 6,3%) und für Rohbauland auf nicht weniger als 50,44 DM (+ 20%). Mit Abstand am höchsten sind die Grundstückspreise im Geschäftsgebiet mit Wohngebiet sowie im Wohngebiet in geschlossener Bauweise, wo für baureifes Land im Schnitt 269 DM bzw. 197 DM gezahlt wurden.

Gemeinden und Gemeindeverbände verkauften 4,1 Mill. qm Bauland

Erneut traten juristische Personen hauptsächlich als Veräußerer von Bauland auf. So verkauften Gemeinden und Gemeindeverbände an natürliche Personen 2,6 Mill. qm baureifes Land zu einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 29,84 DM und 384 000 qm Rohbauland, wofür sie 29,82 DM verlangten. Im Jahr zuvor hatten Gemeinden und Gemeindeverbände von natürlichen Personen für baureifes Land durchschnittlich 25,28 DM und für Rohbauland 24,47 DM gefordert.

Baulandveräußerungen und durchschnittliche Kaufwerte nach Verwaltungsbezirken 1979

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	334	283	20 019	129	71	156,85	59	78	36,37
Landkreise									
Ahrweiler	290	246	13 455	289	244	54,90	1	2	.
Altenkirchen (Ww.)	288	320	7 598	257	232	23,32	26	77	25,48
Bad Kreuznach	642	691	21 391	589	504	34,10	30	108	28,34
Bad Kreuznach, St	90	145	7 568	68	66	64,39	12	46	54,37
Birkenfeld	253	313	4 197	189	186	15,97	55	103	9,20
Idar-Oberstein, St	106	106	2 385	72	63	28,60	31	42	12,10
Cochem-Zell	219	190	4 907	196	166	27,55	23	24	14,01
Mayen-Koblenz	1 181	889	36 777	606	409	61,83	158	134	31,31
Andernach, St	147	109	7 043	119	78	80,20	3	4	25,63
Mayen, St	35	51	1 933	22	19	67,31	1	0	.
Neuwied	1 064	981	41 943	690	544	57,96	223	243	27,92
Neuwied, St	258	179	12 932	140	93	104,94	63	38	47,30
Rhein-Hunsrück-Kreis	512	450	11 116	431	356	28,54	33	49	13,74
Rhein-Lahn-Kreis	595	627	24 895	525	439	38,40	34	87	9,17
Lahnstein, St	48	34	4 621	41	33	60,82	1	1	.
Westerwaldkreis	673	617	14 145	672	612	23,07	1	6	.
RB Koblenz	6 051	5 607	200 443	4 573	3 763	40,57	643	911	23,81
Kreisfreie Stadt Trier	312	366	20 717	202	242	74,61	34	55	23,73
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	435	473	11 939	369	326	27,77	40	70	27,34
Bitburg-Prüm	410	602	8 805	250	279	19,68	139	252	9,96
Daun	304	296	5 729	296	286	19,63	4	5	11,78
Trier-Saarburg	872	774	14 263	366	291	30,88	212	250	17,74
RB Trier	2 333	2 511	61 453	1 483	1 424	33,13	429	632	16,19
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	37	63	3 143	6	4	114,10	25	44	51,88
Kaiserslautern	86	83	6 849	83	75	86,47	2	2	.
Landau i.d.Pfalz	139	87	4 331	104	56	65,27	14	5	45,24
Ludwigshafen a.Rhein	134	312	32 232	94	113	163,16	31	80	122,30
Mainz	725	915	97 479	414	297	218,63	90	238	91,91
Neustadt a.d.Weinstr.	128	153	10 308	63	61	107,23	34	56	53,63
Pirmasens	89	118	4 457	61	63	56,60	14	19	25,61
Speyer	107	134	12 256	49	64	108,26	46	45	100,76
Worms	115	223	9 660	108	102	81,21	5	7	18,38
Zweibrücken	95	72	2 555	76	58	40,52	4	7	11,02
Landkreise									
Alzey-Worms	386	389	13 741	304	267	37,45	58	76	35,64
Bad Dürkheim	541	497	35 227	371	275	96,02	126	160	49,44
Donnersbergkreis	525	576	10 828	410	388	23,11	57	115	11,10
Germersheim	419	480	15 398	215	171	45,68	177	213	31,27
Kaiserslautern	455	448	10 905	381	339	27,94	55	76	14,66
Kusel	443	433	5 438	295	257	14,52	78	133	7,31
Südliche Weinstraße	440	393	12 189	292	218	42,22	92	86	24,66
Ludwigshafen	576	692	51 777	381	264	107,67	149	291	71,52
Mainz-Bingen	1 276	1 140	70 097	762	512	93,43	303	422	45,41
Bingen, St	57	80	3 747	17	15	102,69	31	48	34,86
Ingelheim am Rhein, St	155	96	6 454	96	54	91,32	21	16	63,56
Pirmasens	579	627	11 000	434	369	23,24	88	159	9,57
RB Rheinhessen-Pfalz	7 295	7 835	419 870	4 903	3 953	71,37	1 448	2 234	47,83
Rheinland-Pfalz	15 679	15 953	681 766	10 959	9 140	52,73	2 520	3 777	36,74
Kreisfreie Städte	2 301	2 809	224 006	1 389	1 206	125,13	358	636	73,44
Landkreise	13 378	13 144	457 760	9 570	7 934	41,73	2 162	3 141	29,30

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt			Veränderung zum Vorjahr			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM		%		Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
unter 2 000 Einw.	6 169	5 807	130 810	0,9	6,4	20,7	4 647	3 930	24,30	895	1 373	18,35
2 000 - 5 000 "	3 213	3 213	112 973	- 10,0	- 4,7	- 0,8	2 324	1 882	45,77	491	668	27,56
5 000 - 10 000 "	2 193	2 347	114 489	- 2,0	- 4,2	33,4	1 395	1 171	64,35	459	701	46,09
10 000 - 20 000 "	1 065	1 070	60 769	- 14,0	- 10,8	6,2	721	581	79,13	176	219	43,25
20 000 - 50 000 "	858	884	48 073	3,1	- 7,1	13,3	578	458	69,15	167	243	49,47
50 000 - 100 000 "	988	1 123	64 923	27,6	36,0	60,7	657	636	82,86	152	177	38,64
100 000 und mehr "	1 193	1 509	149 729	- 20,8	- 0,9	1,4	637	482	196,40	180	396	87,18
Insgesamt	15 679	15 953	681 766	- 3,7	1,1	14,4	10 959	9 140	52,73	2 520	3 777	36,74

Deutlich geringere Umsätze der Gemeinden und Gemeindeverbände betrafen Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.

In Dörfern durchschnittliche Grundstücksgröße des baureifen Landes 846 qm, in Großstädten 757 qm

Ein Vergleich der Baulandverkäufe nach Gemeindegrößenklassen zeigt erneut hohe Umsätze an baureifem Land und Rohbauland in den kleineren Städten und ländlichen Gemeinden. In den Großstädten wurde dagegen mit 482 000 qm erheblich weniger baureifes Land veräußert als im Jahr zuvor, während der Quadratmeterpreis um ein Drittel auf 196,40 DM anstieg. Der Preis für Rohbauland erhöhte sich in Großstädten bei deutlich vermindertem Flächenumsatz von 61,81 DM auf 87,18 DM. Die Parzellengröße des baureifen Landes fiel in den einzelnen Gemeindegrößenklassen nur wenig unterschiedlich aus. In Gemeinden unter 2 000 Einwohnern wurde eine durchschnittliche Grundstücksgröße von 846 qm ermittelt und in Großstädten von 757 qm. Beim Rohbauland ergaben sich dagegen deutlich größere Spannen, denn in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern erreichte die Parzellengröße im Schnitt 1 534 qm und in Großstädten sogar 2 200 qm. Vom baureifen Land insgesamt entfielen 7,4% der verkauften Parzellen in die Größenklassen bis 500 qm, reichlich die Hälfte war 500 bis 1 000 qm groß und immerhin 40% größer als 1 000 qm. Beim Rohbauland betrafen 4,2% der Kauffälle Grundstücke bis 500 qm, ein weiteres Fünftel lag in den Größenklassen von 500 bis 1 000 qm und nahezu vier Fünftel waren größer als 1 000 qm.

Seit vielen Jahren hohe Baulandumsätze in Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen

Wurden in den Landkreisen im Jahre 1978 8,2 Mill. qm baureifes Land und 2,8 Mill. qm Rohbauland umgesetzt, so waren es im Berichtsjahr 7,9 Mill. qm bzw. 3,1 Mill. qm. In den kreisfreien Städten verminderten sich 1979 die Veräußerungen an baureifem Land um 41 000 qm auf 1 206 000 qm und an Rohbauland um 164 000 qm auf 636 000 qm. Auch künftig dürfte sich die Bautätigkeit stärker in die Landkreise verlagern. Dort verzeichneten die höchsten Umsätze Mainz-Bingen mit 512 000 qm an baureifem Land und 422 000 qm an Rohbauland sowie Neuwied mit 544 000 qm bzw. 243 000 qm. Bei den kreisfreien Städten lag die Landeshauptstadt Mainz vorn (297 000 qm bzw. 238 000

qm), gefolgt von Trier (242 000 qm bzw. 55 000 qm). Auch im Jahr zuvor waren in den genannten Landkreisen und kreisfreien Städten - ausgenommen Trier - relativ umfangreiche Baulandverkäufe festgestellt worden.

Baureifes Land in Mainz, Rohbauland in Ludwigshafen am teuersten

Waren in den einzelnen Verwaltungsbezirken 1978 die niedrigsten Quadratmeterpreise für baureifes Land mit 12,72 DM für den Landkreis Birkenfeld ermittelt worden, so konnte im Berichtsjahr im Landkreis Kusel sowohl baureifes Land als auch Rohbauland am billigsten erworben werden. Die durchschnittlichen Quadratmeterpreise beliefen sich auf 14,52 DM bzw. 7,31 DM. Auch in den Landkreisen Birkenfeld, Daun und Bitburg-Prüm blieben die Preise für baureifes Land noch unter 20 DM je qm. Rohbauland wurde besonders preiswert noch im Rhein-Lahn-Kreis (9,17 DM) sowie in den Landkreisen Birkenfeld (9,20 DM), Pirmasens (9,57 DM) und Bitburg-Prüm (9,96 DM) verkauft. Am teuersten war baureifes Land in Mainz (219 DM), gefolgt von Ludwigshafen (163 DM) und Koblenz (157 DM). Unter den Landkreisen wurden in Ludwigshafen (108 DM) und Bad Dürkheim (96 DM) die höchsten durchschnittlichen Quadratmeterpreise bezahlt. Rohbauland war am teuersten in Ludwigshafen (122 DM), Speyer (101 DM) und Mainz (92 DM). In den Landkreisen errechneten sich für den stark vom Berufspendlerverkehr nach Ludwigshafen geprägten Landkreis Ludwigshafen die höchsten Quadratmeterpreise für Rohbauland mit 72 DM.

Für das gesamte Bundesgebiet liegen derzeit die Baulandpreise bis zum Jahre 1978 vor. Danach stiegen von 1971 bis 1978 die Durchschnittspreise für baureifes Land im Bundesgebiet von 33,56 DM auf 59,91 DM, in Rheinland-Pfalz hingegen von 24,45 DM auf 47,65 DM. Rohbauland verteuerte sich im gleichen Zeitraum im Bundesgebiet von 19,56 DM auf 28,65 DM und in Rheinland-Pfalz von 20,85 DM auf 29,13 DM. Vergleichsweise sei weiterhin erwähnt, daß der Baupreisindex für Wohngebäude (Basis 1970 = 100) von 1971 bis 1978 von 110,3 um 45% auf 159,7 anstieg. Von 1978 auf 1979 ergab sich eine weitere Erhöhung des Baupreisindex für Wohngebäude um 8,4% auf 173,1. Sie fiel damit deutlich höher aus als der Anstieg der Verbraucherpreise.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen an Wohngebäuden seit 1973

Ergebnisse der 1 %-Wohnungsstichprobe 1978

Der in letzter Zeit abgeschwächten Neubautätigkeit steht eine nicht unerhebliche Zahl von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden gegenüber. Diese Arbeiten erfolgten vielfach in Verbindung mit Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen, die in hohem Maße vom Baualter der Wohngebäude und deren Ausstattung abhängig sind. Rheinland-Pfalz mit seinen weiten ländlichen Gebieten und den relativ wenigen großen Städten - allein 46 % der Bevölkerung lebten Anfang 1978 in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern - nimmt hier eine besondere Ausgangslage ein. Hinzu kommt, daß die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges insgesamt gesehen weit weniger stark waren als in Ländern mit vielen Großstädten und bevorzugten Luftangriffszielen in industriellen Ballungsgebieten. Rund 34 % der nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit 30 % des entsprechenden Wohnungsbestandes stammen daher noch aus der Zeit von 1918 und früher. Jedes zweite Gebäude und 47 % der Wohnungen wurde bis 1948 errichtet, dem Jahr der Währungsreform und des beginnenden Wiederaufbaus.

Auf Grund dieser Altersstruktur kommt den Modernisierungsmaßnahmen eine besondere Bedeutung zu. Bereits bei der Wohnungsstichprobe 1972 wurde den in die Erhebung einbezogenen Gebäudeeigentümern die Frage nach den beabsichtigten Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten gestellt; im Rahmen der 1978er Stichprobe wurden die ab 1973 durchgeführten Maßnahmen dieser Art erfaßt.

Jedes dritte Wohngebäude wurde modernisiert

Von den hochgerechneten rd. 783 100 Wohngebäuden wurden seit 1973 rd. 281 200 Einheiten oder 36 %

modernisiert. In der Mehrzahl der Fälle (66 %) bezog sich die Verbesserung des Wohnwerts auf nachträgliche Einbauten.

Jedes dritte der bei der Stichprobe erfaßten Einfamilienhäuser wurde in den letzten Jahren modernisiert. Am höchsten lag der Anteil bei den Gebäuden mit zwei Wohnungen (41 %), nur unwesentlich niedriger jener der Mehrfamilienhäuser (39 %). Es erreichen nicht die ältesten Wohngebäude (bis 1918 errichtet) mit einer Quote von 43 % den höchsten Wert, sondern die der Baualtersgruppe 1919 bis 1948 (46 %). Mit abnehmendem Alter nimmt der Anteil der modernisierten Gebäude ab; in der Gruppe der Baujahre 1949 bis 1964 sind es 40 % und bei den danach errichteten Gebäuden nur noch 13 %.

Finanzielle Hilfen vom Staat

Die Entscheidungen der Hauseigentümer, notwendige Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen zu realisieren, dürfte in der Mehrzahl der Fälle vom jeweiligen finanziellen Leistungsvermögen stark geprägt sein. Anreize für etwaige Vorhaben fördert der Staat finanziell. So wird bereits seit 1959 die Modernisierung durch Steuervergünstigungen gefördert. Seit 1974 gewähren Bund und Länder für die Modernisierung von Wohnungen auch direkte Zuschüsse und Darlehen, um die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit guten, preiswerten und familiengerechten Wohnungen zu verbessern und um zur Erhaltung von Städten und Gemeinden beizutragen.

Ab 1977 ist die Steuervergünstigung für die Modernisierung auf Baumaßnahmen, die ausschließlich dem Wärme- und Schallschutz sowie ab Mitte 1978 auf bestimmte Energiesparmaßnahmen ausgedehnt worden.

Wohngebäude nach Modernisierungs-

Zahl der Wohnungen Baujahr	Wohngebäude						Von den Wohnungen mit nach-		
	ins- gesamt 1)	darin Woh- nungen	mit Modernisierung				Küchen	Bäder oder Duschen	Toiletten (WC)
			ins- gesamt 2)	darin Woh- nungen	Gebäude				
					mit nach- träglichen Einbauten	darin Woh- nungen			
1 000	%	1 000	%	1 000	%				
Wohngebäude mit									
1 Wohnung	505,9	505,9	33,5	169,3	67,2	113,8	15,4	50,9	38,8
2 Wohnungen	192,8	385,6	41,0	158,0	68,1	107,6	11,0	30,6	23,7
3 und mehr Wohnungen	84,4	433,7	39,0	153,1	57,4	80,9	(10,5)	28,7	21,5
Baujahr									
bis 1918 errichtet	274,7	411,2	43,3	188,9	67,0	129,2	13,5	46,6	39,0
1919 - 1948 "	129,1	215,5	45,8	105,2	70,7	69,5	(12,4)	40,1	30,8
1949 - 1964 "	196,7	368,2	40,1	137,9	68,7	87,4	(10,1)	24,1	13,8
1965 und später "	182,6	330,3	13,3	48,4	44,9	16,2	.	.	.
Insgesamt	783,1	1 325,2	35,9	480,4	66,3	302,3	12,5	37,7	28,8

1) Nur solche, für die ein kompletter Gebäudebogen vorliegt, ohne Wohnheime. - 2) Nachträgliche Einbauten, Innenausbau, und der Entwässerung. - 3) Zur Verbesserung der Energieversorgung, der Wasserversorgung oder der Entwässerung.

Auf der Grundlage des Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetzes wurde ab 1978 auch die direkte Förderung der immer notwendiger werdenden Energieeinsparung in Gebäuden in die allgemeine Modernisierungsförderung einbezogen. Jeder zwanzigste Gebäudeeigentümer, dessen Haus modernisiert worden ist, gab an, daß die Arbeiten durch Einsatz öffentlicher Hilfen finanziert wurden.

Sanitäreinrichtungen am häufigsten eingebaut

Etwa vier von zehn der durch nachträgliche Einbauten verbesserten Wohnungen erhielten ein Bad oder Dusche und nahezu jede dritte eine Toilettenanlage. Diese Maßnahmen lagen bei den Einfamilienhäusern und den bis 1918 errichteten Gebäuden erheblich über dem Durchschnittswert, bei den Mehrfamilienhäusern dagegen - wenn auch in nicht so starkem Maße - darunter. In 30 % der Fälle wurde eine Sammelheizung installiert. Verhältnismäßig hoch war hier der Anteil in der Baualtersgruppe 1949 bis 1964 mit 35 %. Dies dürfte in erster Linie auf die in der damaligen Zeit gegebene Situation zurückzuführen sein, als der quantitativen Wohnungsversorgung zu Recht erhöhte Priorität gegenüber der qualitativen Ausführung zugestanden war. Die Annehmlichkeiten einer zentralen Warmwasserversorgung wurden durch nachträgliche Einbauten den Bewohnern jeder sechsten Wohnung geboten.

Energieeinsparung durch isolierverglaste Fenster

Die erste Energiekrise Anfang der 70er Jahre hat in Verbindung mit der in jüngster Zeit eingetretenen Situation das Energiebewußtsein großer Teile der Bevölkerung verändert. Da ein erheblicher Teil der häuslichen Wärme durch nicht ausreichend isolierte Fenster verloren geht, nutzten viele Gebäudeeigentümer die Gelegenheit der Energieeinsparung durch den Einbau von Doppel-, Verbund- oder isolierverglasten Fenstern. Insgesamt 36 % der Wohnungen mit nachträglichen Einbauten erhielten diese Fenster.

arbeiten ab 1973 im April 1978

träglich Einbauten erhielten			An den Wohngebäuden mit Modernisierung wurden vorgenommen					Kosten der Modernisierung je Wohngebäude	Zahl der Wohnungen Baujahr
Sammelheizung	zentrale Warmwasser-versorgung	Doppel-, Verbundfenster, isolierverglaste Fenster	Maßnahmen im/am Gebäude	Innenausbau	Erweiterungen	größere Instandsetzungen	sonstige Maßnahmen 3)		
%								DM	
33,1	19,4	43,4	71,8	24,7	14,1	42,6	21,5	15 169	Wohngebäude mit 1 Wohnung 2 Wohnungen 3 und mehr Wohnungen
30,0	16,8	34,3	74,8	25,4	20,8	43,3	22,5	19 284	
25,8	(11,9)	26,7	80,9	(20,4)	.	59,9	(29,5)	23 690	
26,9	16,8	28,9	78,7	29,8	16,1	51,4	25,4	19 162	Baujahr bis 1918 errichtet 1919 - 1948 " 1949 - 1964 " 1965 und später "
28,3	20,0	41,6	72,6	25,2	(15,2)	44,5	24,4	17 517	
35,2	13,7	41,1	65,2	16,2	15,2	36,9	17,3	14 974	
(35,2)	.	(35,8)	79,0	(22,6)	.	(39,1)	(23,5)	13 483	
30,1	16,5	35,7	73,7	24,4	15,7	44,8	22,7	17 137	Insgesamt

Erweiterung, größere Instandsetzungen bzw. Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgung, der Wasserversorgung

Weitere Energie könnte eingespart werden, wenn in noch mehr Wohnungen als bisher solche isolierverglaste Fenster vorhanden wären. Nach den Ergebnissen der Stichprobe haben von den 1,36 Mill. Wohnungen gerade erst ein Viertel Verbundglasfenster, wobei die Anteile der von 1965 bis 1971 sowie 1972 und später errichteten Wohnungen mit 37 bzw. 69 % erheblich über dem Mittelwert liegen. Erwartungsgemäß sind diese Art Fenster öfter in Eigentümer- als in Mietwohnungen eingebaut; sie fehlen in 85 % der mehr als 920 000 Wohnungen, die bis 1964 fertiggestellt wurden.

Größere Instandsetzungen an den Wohngebäuden

An den modernisierten Gebäuden wurden zu 74 % Maßnahmen im oder am Objekt vorgenommen und zwar recht häufig an Mehrfamilienhäusern (81 %) und Uralt- sowie Neubauten (je 79 %). Verhältnismäßig hoch waren die größeren Instandsetzungen wie z. B. Dacherneuerungen und neue Hausfassaden mit 45 %. Auf Innenausbauten, Erweiterungen und sonstige Maßnahmen - hierunter fallen Arbeiten zur Verbesserung der Energie- und Wasserversorgung sowie der Entwässerung - entfielen Werte von 24, 16 bzw. 23 %.

Durchschnittlich 17 000 DM Kosten

Die Kosten der Modernisierung je Wohngebäude stellen sich im Durchschnitt auf 17 000 DM. Unter diesem Mittelwert blieben die Maßnahmen an Neubauten, die 1949 und später entstanden sowie die Verbesserungen an Einfamilienhäusern. Am höchsten lagen die Kosten bei den Zwei- und Mehrfamiliengebäuden mit 19 000 bzw. nahezu 24 000 DM. Auf Grund der hohen Investitionen an Uraltgebäuden erreichten die für Modernisierungsarbeiten erforderlichen Mittel hier eine Größenordnung von gut 19 000 DM je Gebäude.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Viehwirtschaft 1979

Bei der im Dezember 1979 durchgeführten allgemeinen Viehzählung waren sowohl die Nutztierbestände als auch deren Verhältnis zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zu erfassen. Die letzteren Feststellungen erfolgten wie bisher im zweijährigen Turnus und waren nach Betriebs- und Bestandsgrößenklassen aufzubereiten. Die Zählung vermittelte damit zugleich einen Einblick in die Haltungsstruktur und deren Veränderungen.

Bis 1979 folgte die Entwicklung in der Viehwirtschaft der bisherigen Grundtendenz, die zum einen in der Rückläufigkeit der Halter und zum anderen in wachsenden Bestandsgrößen sichtbar wird. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen im wesentlichen in den veränderten Bedingungen des Marktes, die viele Betriebe zum Aufgeben und die verbliebenen zur Spezialisierung auf bestimmte Betriebszweige zwang. Wie die Ergebnisse 1979 zeigen, ist diese Entwicklung trotz der mittlerweile beträchtlich geschrumpften Substanz an Betrieben noch keineswegs abgeschlossen.

Zahl der Rinder verringert

Anders als bei der heutigen Pferdehaltung unterliegt die Rinderhaltung wirtschaftlichen Zwängen, wobei die Anpassung an den Markt vielfach durch den standortbedingten Mangel an Produktionsalternativen erschwert wird. Das ist vor allem in den Höhengebieten des Landes der Fall. Die Rinderhaltung hat sich daher stark in diese Gebiete verlagert. Das Gleiche gilt auch für die Milchkühhaltung. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Rinderbestand um rund 4 100 auf 678 200 Tiere reduziert. Hieran waren die Milchkühe mit 2 600 Tieren am stärksten beteiligt. Das läßt darauf schließen, daß sich hier der Einfluß der EG-Strukturmaßnahmen bemerkbar gemacht hat. Die Zahl der Milchkühe betrug noch 235 800.

Rinder- und Schweinebestände
im Dezember 1978 und 1979

Tierart	1978	1979	Ver- änderung
	Anzahl		%
Rinder	682 292	678 215	- 0,6
Kälber unter 1/2 Jahr alt	94 092	92 888	- 1,3
Jungvieh	300 974	296 245	- 1,6
1/2 bis unter 1 Jahr	138 735	133 128	- 4,0
1 bis unter 2 Jahre	162 239	163 117	0,5
2 Jahre und ältere Tiere			
männlich	6 395	6 636	3,8
Färsen			
zum Schlachten	4 770	5 007	5,0
zur Zucht und Nutzung	27 779	31 282	12,6
Milchkühe	238 423	235 806	- 1,1
Ammen- und Mutterkühe	4 636	5 302	14,4
Schlacht- und Mastkühe	5 223	5 049	- 3,3
Schweine	729 319	687 333	- 5,8
Ferkel	206 527	194 192	- 6,0
Jungschweine	184 030	173 251	- 5,9
Mastschweine	254 124	237 688	- 6,5
Zuchtsauen			
trächtig	52 289	50 713	- 3,0
nicht trächtig	28 458	27 796	- 2,3
Eber	3 891	3 693	- 5,1

Der Rückgang resultierte außerdem aus der verminderten Zahl von Kälbern und Jungrindern unter einem Jahr. Demgegenüber verzeichneten die über ein Jahr alten weiblichen Rinder eine starke Zunahme, so daß eine neuerliche Bestandsausdehnung erwartet werden kann.

Ebenso verzeichnete die der reinen Fleischnutzung dienende Gruppe der Ammen- und Mutterkühe eine starke Zunahme (+ 14%) auf nunmehr 5 300 Tiere. Trotzdem kommt dieser Nutzungsform gegenüber der üblichen Milch- und Fleischnutzung nur geringe Bedeutung zu.

Der Rinderbestand verteilte sich auf nicht ganz 31 900 Halter. Innerhalb Jahresfrist haben sich somit rund 2400 von ihren Beständen getrennt (- 7 %) und möglicherweise sogar die Landwirtschaft ganz aufgegeben. Die Zahl der Milchkühhalter verringerte sich dabei in etwa gleichem Maße auf nunmehr 24 900 (- 9%). Die durchschnittliche Bestandsgröße stieg danach bei den Rindern auf 21,3 und bei den Milchkühen auf 9,5 Tiere gegenüber 19,9 bzw. 8,7 im Jahr zuvor.

Viehalter und durchschnittlicher Viehbestand je Halter
im Dezember 1970, 1978 und 1979

Tierart	1970	1978	1979	Veränderung gegenüber	
				1970	1978
	Anzahl			%	
Viehalter					
Rinder	60 882	34 247	31 880	- 47,6	- 6,9
Milchkühe	52 382	27 377	24 905	- 52,5	- 9,0
Schweine	76 745	37 456	33 456	- 56,4	- 10,7
Zuchtsauen	.	8 297	7 112	.	- 14,3
Durchschnittlicher Viehbestand je Halter					
Rinder	11,9	19,9	21,3	79,0	7,0
Milchkühe	5,1	8,7	9,5	86,3	9,2
Schweine	10,8	19,5	20,5	89,8	5,1
Zuchtsauen	.	9,7	11,0	.	13,4

Die Rinderhaltung liegt mit ihrem Schwerpunkt in den Betrieben der Größenklassen 20 bis 30 und 30 bis 50 ha LF. In der ersteren Gruppe stehen 25 %, in der letztgenannten 27 %, insgesamt also mehr als die Hälfte aller Rinder. Nimmt man die Gruppe von 50 bis 100 ha hinzu, so sind es über 60 %. Verglichen mit dem Stand bei der letzten Auszählung im Jahre 1977 wird eine deutliche Verlagerung auf diese Betriebsgrößenklassen erkennbar. Auch in der Aufgliederung nach Bestandsgrößen spiegeln sich die Konzentrationstendenzen wider. So gingen innerhalb der letzten zwei Jahre die Haltungen mit weniger als 50 Rindern zahlenmäßig zurück, während die Zahl derjenigen mit größeren Beständen anstieg. Gab es 1977 erst 205 Betriebe mit Beständen von mehr als 100 Rindern, so waren es 1979 schon 348.

Regional liegen die Schwerpunkte der Rinderhaltung in den Landkreisen des Regierungsbezirks Trier sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Rhein-Lahn-Kreis, in denen mehr als jeweils 30 000 Tiere stehen. Im Sü-

Betriebe mit Rindern nach Betriebs- und Bestandsgrößenklassen 1977 und 1979

Betriebs- größenklasse	Insgesamt		davon mit ... Rindern							
			unter 10		10 - 19		20 - 29		30 und mehr	
	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979
unter 2 ha LF	2 428	1 776	2 303	1 684	111	78	10	10	4	4
2 - 5 " "	5 756	4 550	5 471	4 290	272	246	10	10	3	4
5 - 10 " "	9 014	7 658	5 771	4 656	3 090	2 822	130	155	23	25
10 - 20 " "	9 714	8 688	1 728	1 544	4 388	3 665	2 543	2 324	1 055	1 155
20 - 50 " "	8 670	8 353	392	334	963	778	1 615	1 357	5 700	5 884
50 u.mehr " "	760	845	19	20	21	26	50	39	670	760
Insgesamt	36 342	31 870	15 684	12 528	8 845	7 615	4 358	3 895	7 455	7 832

den des Landes reichten an diese Zahl lediglich die Kreise Kusel und Pirmasens dicht heran. In dem viehstärksten Kreis Bitburg-Prüm kam es zu einer größeren Bestandsausweitung (+ 2 600). Dort und im Kreis Trier-Saarburg nahmen auch die Milchkuhbestände verhältnismäßig stark zu. Deutliche, aber kleinere Zugänge gab es auch in Pirmasens und Kusel. Im übrigen nahmen die Bestände ab.

Auch Konzentration in der Schweinehaltung

Mit rund 687 000 Tieren blieb der Schweinebestand um 6 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Der Rückgang betraf alle Alters- und Nutzungsgruppen. So waren mit 194 000 um 6 % weniger Ferkel vorhanden als im Jahr zuvor und auch Jungschweine (173 000) gab es um 6 % weniger. Ebenso war die Zahl der Mastschweine (238 000) kleiner als vor Jahresfrist (— 6 %). Der Zuchtsauenbestand brachte es nur auf 78 500 Tiere (— 3 %), so daß die gleichfalls verringerte Zahl der trächtigen Tiere keine Absichten zur Aufstockung des Bestandes erkennen ließ.

Die Konzentrationstendenz setzte sich auch hier fort. Die Gesamtzahl der Halter sank von 37 400 auf 33 400 (— 11 %). Obwohl der Gesamtbestand deutlich zurückging, nahm die durchschnittliche Bestandsgröße von 19,5 auf 20,5 zu. Mit der Zahl der Schweinehalter nahm auch die der Zuchtsauenhalter um 14% auf 7 100 ab. Der Durchschnittsbestand erhöhte sich von 9,7 auf 11.

Schwerpunktmäßig liegt die Schweinehaltung in Betrieben von 20 bis 50 ha LF. Dort befindet sich fast die Hälfte aller Tiere. Verglichen mit 1977 hat sich trotz des zurückgegangenen Gesamtbestandes der auf die Betriebe dieser Größenklasse entfallende Anteil noch

vergrößert, wogegen er in Betrieben unter 20 ha LF mit Ausnahme in denen unter 0,5 ha abgenommen hat. Gleichzeitig hat eine Verlagerung zu größeren Bestandseinheiten stattgefunden. So ging die Zahl der Halter mit Beständen bis zu 99 Schweinen zurück, während sie in den oberen Bestandsgrößenklassen zunahm. Hatten 1977 insgesamt 1 347 Halter 100 und mehr Schweine, so wurden 1979 bereits 1 513 gezählt.

Regional sind die Kreise Mayen-Koblenz, Bitburg-Prüm, der Rhein-Hunsrück-Kreis, der Rhein-Lahn-Kreis und Trier-Saarburg Schwerpunkte der Schweinehaltung im Norden des Landes, im Süden der Donnersberg-Kreis und der Kreis Pirmasens. In den beiden erstgenannten Kreisen zählt der Bestand jeweils über 100 000 Tiere. Entsprechend wird dort auch die Zucht betrieben. In den genannten Kreisen befindet sich über die Hälfte des rheinland-pfälzischen Schweine- und Zuchtsauenbestandes.

Milcherzeugung angestiegen

Insgesamt wurden 1979 in Rheinland-Pfalz annähernd 950 000 t Vollmilch erzeugt. Diese Menge übertraf die Vorjahreserzeugung um 30 000 t (+ 3 %). Dabei ist zu berücksichtigen, daß schon die Vorjahresmenge die Ergebnisse der vorausgegangenen Jahre deutlich übertraffen hatte. So wurde in keinem der letzten sechs Jahre trotz eines zeitweisen größeren Kuhbestandes gleich viel Milch erzeugt wie 1979. Dennoch wurden die in den 60er Jahren erzielten Ergebnisse, die mehrfach die Millionenmarke überschritten, in der Folgezeit nicht mehr erreicht, da seitdem die Milchkuhbestände doch drastisch reduziert wurden.

Wenn trotzdem die Produktion zur Ausdehnung tendiert, so liegt die Ursache nur zum Teil in dem seit

Betriebe mit Milchkühen nach Betriebs- und Bestandsgrößenklassen 1977 und 1979

Betriebs- größenklasse	Insgesamt		davon mit ... Milchkühen							
			unter 5		5 - 9		10 - 19		20 und mehr	
	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979
unter 2 ha LF	1 275	825	1 216	773	52	49	7	3	—	—
2 - 5 " "	3 965	2 831	3 776	2 632	183	194	5	5	1	—
5 - 10 " "	7 505	5 869	5 231	3 678	2 215	2 115	57	71	2	5
10 - 20 " "	8 659	7 300	1 991	1 563	4 698	3 649	1 906	1 967	64	121
20 - 50 " "	7 886	7 404	395	375	1 487	1 054	4 097	3 480	1 907	2 495
50 u.mehr " "	618	673	25	16	26	22	158	118	409	517
Insgesamt	29 908	24 902	12 634	9 037	8 661	7 083	6 230	5 644	2 383	3 138

Betriebs- größenklasse	Insgesamt		davon mit ... Schweinen							
			unter 20		20 - 49		50 - 99		100 und mehr	
	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979
unter 2 ha LF	6 496	4 688	6 258	4 505	157	109	62	31	19	43
2 - 5 " "	7 234	5 762	7 026	5 600	173	129	29	20	6	13
5 - 10 " "	8 860	7 391	8 246	6 845	466	406	142	101	6	39
10 - 20 " "	9 618	8 222	7 607	6 435	1 342	1 094	604	398	65	295
20 - 50 " "	7 635	6 826	4 256	3 784	1 688	1 364	1 359	748	332	930
50 u.mehr " "	581	560	202	200	99	79	169	88	111	193
Insgesamt	40 424	33 449	33 595	27 369	3 925	3 181	2 365	1 386	539	1 513

Jahren um etwa 240 000 Tiere pendelnden Milchkuhbestand, sondern mehr im Anstieg der durchschnittlichen Milchleistung je Kuh. Moderne Haltungs- und Fütterungsbedingungen sowie hochleistungsfähige Tiere als Ergebnis züchterischer Erfolge ließen 1979 diesen Wert mit 3 977 kg Jahresleistung je Kuh fast die 4 000-kg-Marke erreichen. Das ist mehr als das Doppelte der vor drei Jahrzehnten erzielten Leistung. Gegenüber 1978 sind es 104 kg mehr. Mit rund 893 000 t ging der weitaus größte Teil der 1979 erzeugten Milch - es sind mittlerweile 94,2 % - an Molkereien. Die restliche Menge wurde in den Erzeugerbetrieben entweder verfüttert, im Haushalt verbraucht oder fand sonstige Verwendung.

Der Verlagerung der Kuhbestände in regionale Schwerpunkte folgend veränderte sich zwangsläufig auch der Umfang des Milchaufkommens in den einzelnen Gebieten. So kamen 1979 aus dem Gebiet des Regierungsbezirks Trier mit 417 000 t allein 44 % der gesamten in Rheinland-Pfalz erzeugten Molkereianlieferungen. Vor zehn Jahren lag der entsprechende Anteil noch bei 33%. Zu dieser Menge trug der Kreis Bitburg-Prüm rund 228 000 t, also mehr als die Hälfte, bei. Dem folgte mit 84 000 t der Kreis Daun als zweitgrößtes Erzeugungsgebiet unter allen Kreisen. Das Ausmaß der Veränderungen in diesen beiden Kerngebieten der Milchwirtschaft wird daran deutlich, daß in Bitburg-Prüm gegenüber 1970 35 % und Daun sogar 65 % mehr Milch produziert wurde.

Der übrige Teil der Gesamterzeugung kam zu 362 600 t (38%) aus dem Regierungsbezirk Koblenz. Dort rangiert der Rhein-Hunsrück-Kreis mit 63 000 t noch vor dem Westerwaldkreis (44 000 t) und mit Abstand vor den übrigen Kreisen. Auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz entfiel schließlich nur ein Anteil von 168 000 t (18 %).

Höheres Fleischaufkommen

Im Verlauf des Jahres 1979 wurden insgesamt 187 500 Rinder, 4 700 Kälber, 1,3 Mill. Schweine, 26 500 Schafe und etwa 1 400 Pferde, alles Tiere inländischer Herkunft, geschlachtet. Dazu kamen an 13 000 Rinder, 29 000 Schweine, 4 700 Schafe und 247 Pferde aus Schlachtvieheinfuhren.

Bei den Inlandstieren wurden damit mehr Rinder geschlachtet als im Durchschnitt der letzten Jahre und bei den Schweinen wurde sogar der bisher höchste Stand erreicht. Gleiches gilt für die Schafe, von denen aufgrund der Bestandentwicklung von Jahr zu Jahr mehr

und mehr zur Schlachtung anfielen. Die Zahl der Kälberschlachtungen ging dagegen weiter zurück. Die heutige Schlachtquote erscheint im Vergleich mit derjenigen von 1960, die sich noch auf 104 000 belief, nahezu bedeutungslos. Der kontinuierliche Rückgang von Jahr zu Jahr erklärt sich aus dem erhöhten Aufzuchtbedarf für die Rindermast. Der Anstieg der Rinderschlachtungen ist im Zusammenhang mit den Bestandsrückgängen vor allem bei den Milchkühen zu sehen. Bei den Schweinen liegen die Gründe in den großen Beständen des Vorjahres.

Die von den Schlachttieren inländischer Herkunft gewonnene Schlachtmenge belief sich 1979 auf insgesamt rund 163 100 t. Von dieser Menge stammten 55 600 t (34 %) von Rindern, darunter mit 33 400 t mehr als die Hälfte aus Bullenschlachtungen. Auf Kühe entfielen 15 500 t. Wie bisher waren die Schweine überwiegend am Fleischaufkommen beteiligt, nämlich mit 106 000 t (65 %). Die auf Kälber (456 t), Schafe (696 t) und Pferde (334 t) entfallenden Anteile waren demgegenüber gering.

Die Gesamtmenge übertraf das Vorjahresergebnis um 3 %. Diese Zunahme ist außer durch die größere Schlachtungszahl auch durch die höhere Ausmästung der Rinder bedingt. So stieg das durchschnittliche Schlachtgewicht der Rinder von 296 auf 298 kg an und folgte damit dem bisherigen Entwicklungsverlauf.

Im Gegensatz zu der Anstiegstendenz bei den Rindern hat sich das Durchschnittsschlachtgewicht der Schweine mit 81 kg auch schon im Vorjahr auf einen Wert eingependelt, mit dem ein marktgängiger Schlachtkörper erzielt werden kann. Die Zunahme des Schlachtaufkommens resultierte demzufolge hier ausschließlich aus der größeren Zahl der Schlachttiere.

Der bei weitem größte Teil der Schlachtungen war gewerblicher Art. Hausschlachtungen fallen bei Rindern zahlenmäßig nur relativ wenig ins Gewicht. Dagegen spielen sie - obwohl gegenüber früheren Jahren ebenfalls zurückgegangen - bei den Schweinen und auch bei den Schafen noch eine größere Rolle. So sind von den 1,3 Mill. inländischen Schlachtschweinen rund 155 000 (= 12 %) hausgeschlachtet worden.

Aus den Schlachtungen von Tieren ausländischer Herkunft wurde eine Schlachtmenge von insgesamt 6 000 t erzielt, darunter 3 600 t Rind- und 2 200 t Schweinefleisch. Insgesamt ergab sich somit ein Fleischaufkommen von 169 100 t.

P. Porn

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 632	3 630	3 630	3 630	3 634	3 635
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 801	1 896	1 151	1 850	1 749	963 ^P	1 406 ^P	1 756 ^P	1 711 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,9	6,3	4,1	6,0	5,9	3,1 ^P	4,9 ^P	5,7 ^P	5,7 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 862	2 900	2 589	2 903	2 860	2 816 ^P	2 918 ^P	3 045 ^P	3 217 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,6	9,3	9,4	9,6	9,1 ^P	10,1 ^P	9,9 ^P	10,8 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 669	3 592	3 602	4 119	3 635	3 673 ^P	3 670 ^P	3 746 ^P	3 645 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,1	11,9	12,9	13,4	12,2	11,9 ^P	12,7 ^P	12,1 ^P	12,2 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	50	36	31	43	30	43 ^P	33 ^P	41 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	17,7	12,6	12,2	15,0	10,9	14,9 ^P	12,0 ^P	13,5 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 807	- 692	- 1 013	- 1 216	- 775	- 857 ^P	- 752 ^P	- 701 ^P	- 428 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 2,3	- 3,6	- 3,9	- 2,6	- 2,8 ^P	- 2,6 ^P	- 2,3 ^P	- 1,4 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 491	7 947	6 052	7 673	7 565	8 809	6 954
Ausländer	Anzahl	1 869	2 253	1 691	2 107	1 724	2 942	2 466
Erwerbspersonen	Anzahl	3 916	4 182	3 335	4 391	4 109	4 939	4 044
* Fortgezogene	Anzahl	7 384	7 110	5 485	6 641	6 672	7 078	5 748
Ausländer	Anzahl	1 702	1 500	1 125	1 432	1 284	1 391	1 218
Erwerbspersonen	Anzahl	4 128	4 014	3 352	3 942	3 886	4 171	3 358
* Wanderungssaldo	Anzahl	107	837	567	1 032	893	1 731	1 206
Ausländer	Anzahl	167	754	566	675	440	1 551	1 248
Erwerbspersonen	Anzahl	- 212	168	- 17	449	223	768	686
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 445	10 515	8 380	9 562	9 935	11 700	9 135
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	55 749	48 262	67 818	51 139	45 803	60 940	56 562	47 004	44 307
* Männer	Anzahl	27 299	23 121	39 429	25 368	20 879	33 705	30 084	22 520	20 460
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 183	1 396	4 586	952	570	3 349	2 117	876	670
Bauberufe	Anzahl	2 636	2 064	4 841	2 345	1 653	4 146	3 620	2 331	1 955
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	19 818	17 031	25 006	19 056	16 507	22 242	20 995	17 438	16 158
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,7	5,3	4,0	3,5	4,7	4,3	3,6	3,4
Offene Stellen	Anzahl	12 232	15 375	13 959	16 217	16 427	14 431	16 518	17 942	18 136
Männer	Anzahl	7 691	10 052	8 949	10 662	10 606	9 181	10 750	11 719	11 604
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	463	587	506	955	721	349	560	582	529
Bauberufe	Anzahl	989	1 366	1 354	1 731	1 727	946	1 108	1 291	1 268
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 722	6 198	5 306	6 021	6 304	5 980	6 900	7 227	7 312
Kurzarbeiter	Anzahl	6 984	4 731	10 177	9 483	5 205	5 131	8 087	7 289	7 025
Männer	Anzahl	5 075	3 095	7 153	6 494	3 221	3 674	6 364	5 116	5 457
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	682	678
* Milchkühe	1 000	238	236
* Schweine	1 000	729	687	.	.	737	.	.	.	725
Mastschweine	1 000	254	238	.	.	242	.	.	.	238
* Zuchtsauen	1 000	81	79	.	.	82	.	.	.	81
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	52	51	.	.	51	.	.	.	52
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 357	15 621	13 937	16 573	15 099	16 874	14 630	16 627	14 933
* Kälber	Anzahl	486	393	370	461	520	300	359	438	367
* Schweine	Anzahl	105 305	109 399	102 064	114 839	113 350	113 890	103 417	121 846	105 816
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 164	12 917	15 975	17 843	12 591	18 221	14 291	15 195	11 300
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 177	13 593	12 501	14 315	13 952	14 267	12 692	14 807	13 128
* Kälber	t	4 529	4 633	4 141	4 885	4 578	4 993	4 328	4 957	4 482
* Schweine	t	8 521	8 836	8 257	9 302	9 249	9 168	8 263	9 723	8 529
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	60	49	46	84	73	16	90	115	41
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	77	79	69	82	84	74	73	84	86
* an Molkereien und Händler geliefert	%	93,2	94,2	93,0	93,7	94,5	94,7	94,3	94,2	95,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,6	10,9	10,3	11,1	11,7	10,1	10,7	11,5	12,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 893	2 874	2 880	2 881	2 905	2 900	2 898	2 894
* Beschäftigte	1 000	386	392	386	388	387	395	396	396	395
* Arbeiter 2)	1 000	274	278	274	275	275	281	281	282	281
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	39 906	40 261	38 288	41 950	38 981	41 382	40 534	41 989	41 082
Löhne und Gehälter	Mill. DM	931	1 006	867	916	919	985	957	990	1 005
* Löhne	Mill. DM	571	618	521	562	561	611	587	605	619
* Gehälter	Mill. DM	360	388	346	354	358	374	370	385	386
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	74	76	75	85	74	95	85	80	82
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	119	143	145	163	138	154	141	159	134
* Heizölverbrauch	1 000 t	193	199	222	219	208	232	214	214	198
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	28	38	36	31	35	31	29	24
* schweres Heizöl	1 000 t	163	171	184	183	177	197	183	185	174
* Stromverbrauch	Mill. kWh	941	1 009	925	1 040	1 007	1 043	1 024	1 059	1 006
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	274	285	285	252	323	323	311	278
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 810	5 478	4 711	5 617	5 339	5 706	6 064	6 460	6 106
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 355	1 599	1 402	1 661	1 553	1 710	1 935	2 016	1 812
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	124	133	123	131	141	128	134	143	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	128	137	131	134	142	137	140	147	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	126	134	126	131	140	133	137	144	147 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	125	134	128	132	143	132	136	144	143 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	97	105	54	83	110	64	79	109	114 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	129	135	140	138	146	140	145	143	138 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	130	138	120	131	137	136	140	148	153 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	139	140	120	127	133	125	131	145	148 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	117	123	120	123	128	122	130	133	134 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	63	69	71	66	64	67	69	68 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	139	151	143	141	154	150	145	158	175 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	98	111	75	113	136	75	101	115	...
Handwerk ⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	100	99	.	96
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	175	185	.	151
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	320	307	357	373	367	432	361	385	...
Strombezug ⁶⁾	Mill. kWh	1 848	2 060	2 021	2 240	1 990	2 384	2 121	2 184	...
Stromlieferungen ⁶⁾	Mill. kWh	688	799	754	915	827	1 038	852	920	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 460	1 550	1 604	1 679	1 512	1 756	1 610	1 628	...
* Gaserzeugung ⁴⁾	Mill. kWh	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	...
Gasbezug ⁴⁾	Mill. cbm	247	300	402	347	304	435	370	386	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	233	281	377	326	288	404	334	347	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	70 664	73 875	69 006	71 791	73 281	73 537	73 660	74 676 ^P	74 588 ^P
Facharbeiter	Anzahl	39 639	40 132	37 901	38 899	40 256	38 816	39 029	39 919 ^P	39 523 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 521	16 970	15 224	16 614	16 711	17 240	17 081	17 250 ^P	17 655 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 094	9 665	6 540	10 666	10 914	6 776	8 588	9 684 ^P	10 202 ^P
Privater Bau	1 000	5 674	5 950	4 434	6 457	6 431	4 580	5 567	6 085 ^P	6 381 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 834	4 036	3 096	4 444	4 457	3 070	3 739	4 041 ^P	4 195 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	84	76	53	61	72	53	55	70 ^P	77 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 756	1 838	1 285	1 952	1 902	1 457	1 773	1 974 ^P	2 109 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 420	3 715	2 106	4 209	4 483	2 196	3 021	3 599 ^P	3 821 ^P
Hochbau	1 000	696	766	556	849	907	583	700	736 ^P	738 ^P
Tiefbau	1 000	2 724	2 949	1 550	3 360	3 576	1 613	2 321	2 863 ^P	3 083 ^P
Straßenbau	1 000	1 459	1 687	858	1 973	2 150	813	1 162	1 533 ^P	1 687 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	145	166	105	156	167	126	151	166 ^P	175 ^P
* Löhne	Mill. DM	125	143	85	135	147	104	129	144 ^P	153 ^P
* Gehälter	Mill. DM	20	23	20	21	20	22	22	22 ^P	22 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	385	433	198	321	323	286	326	436 ^P	476 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 456	1 336	1 065	1 320	1 407	1 489	1 241	1 765	1 239
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 138	1 016	839	1 024	1 085	1 153	936	1 314	894
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	259	265	183	240	266	271	261	362	285
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	56	43	56	56	65	44	89	60
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 423	1 306	979	1 321	1 377	1 477	1 202	1 686	1 277
* Wohnfläche	1 000 qm	227	212	161	206	217	231	192	270	206
* Wohnräume	Anzahl	10 675	9 912	7 609	9 721	10 045	11 197	8 984	12 503	9 516
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	308	314	226	306	325	369	296	430	326
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	9	4	3	7	3	5	2	11	2
Unternehmen	Anzahl	251	198	211	168	186	219	136	417	130
Private Haushalte	Anzahl	1 196	1 135	851	1 145	1 218	1 265	1 103	1 337	1 107
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	237	218	147	194	180	297	217	239	181
* Umbauter Raum	1 000 cbm	896	879	378	703	550	1 268	549	1 054	636
* Nutzfläche	1 000 qm	164	147	67	129	102	222	112	184	115
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	130	122	46	88	79	269	117	168	87
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	36	31	16	26	30	61	24	29	23
Unternehmen	Anzahl	194	136	73	90	91	190	158	171	127
Private Haushalte	Anzahl	7	51	58	78	59	46	35	39	31
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 361	2 076	1 636	2 135	2 066	2 331	1 900	2 901	2 073
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 362	1 552	1 331	1 701	1 492	1 773	1 783	1 877	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74	89	72	98	88	87	103	99	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 287	1 463	1 259	1 603	1 405	1 686	1 680	1 778	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	11	15	16	15	15	19	...
* Halbwaren	Mill. DM	71	101	80	101	91	108	96	112	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 202	1 347	1 168	1 487	1 298	1 562	1 569	1 648	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	406	492	398	524	484	607	547	597	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	796	855	770	963	813	955	1 022	1 050	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	610	742	650	791	723	859	870	900	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	104	129	120	131	121	148	132	159	...
Dänemark	Mill. DM	28	31	28	33	29	36	30	32	...
Frankreich	Mill. DM	188	214	185	230	207	261	256	270	...
Großbritannien	Mill. DM	84	110	90	112	104	112	132	127	...
Irland	Mill. DM	5	8	6	8	8	9	9	9	...
Italien	Mill. DM	98	125	115	141	130	154	181	171	...
Niederlande	Mill. DM	102	124	107	135	123	141	130	133	...
Österreich	Mill. DM	57	71	63	60	65	78	79	79	...
Schweiz	Mill. DM	58	72	65	68	66	83	81	90	...
USA und Kanada	Mill. DM	88	81	71	92	86	99	64	83	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	280	275	218	346	225	330	369	361	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	77	89	80	86	96	111	97	114	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	868	1 132	901	1 096	1 091	1 418	1 390	1 411	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	136	155	137	172	169	172	166	189	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	732	977	764	924	922	1 246	1 224	1 222	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	484	601	520	614	573	696	742	738	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	116	154	136	148	144	197	176	195	...
Dänemark	Mill. DM	9	10	7	10	9	13	14	11	...
Frankreich	Mill. DM	129	166	149	176	158	206	205	223	...
Großbritannien	Mill. DM	25	32	27	38	25	35	57	60	...
Irland	Mill. DM	2	3	2	2	4	3	5	5	...
Italien	Mill. DM	91	101	89	108	102	97	117	107	...
Niederlande	Mill. DM	112	135	109	132	131	146	168	137	...
Österreich	Mill. DM	25	34	26	27	34	46	53	53	...
Schweiz	Mill. DM	17	21	15	27	21	19	20	29	...
USA und Kanada	Mill. DM	61	74	67	85	96	97	93	90	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	181	272	170	227	255	420	360	365	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	22	41	26	21	21	49	34	24	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	107	108	105	105	105	108	108	107	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	195	208	168	210	207	208	189	217	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	211	226	173	204	210	246	190	220	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	191	201	169	205	196	190	192	211	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	175	182	116	181	189	187	138	197	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	202	217	179	218	212	197	205	230	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	186	189	148	169	171	187	189	174	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198	209	187	273	247	195	201	244	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	135	139	113	142	139	134	122	139	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	135	140	119	143	137	130	131	143	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	114	113	73	114	119	113	83	117	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	139	143	120	146	142	126	130	144	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	142	141	110	128	129	132	131	119	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	139	142	128	188	168	130	133	159	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	92	94	96	89	93	92	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	133	134	127	125	132	125	133	127	...
* Umsatz	1970 = 100	143	148	124	126	152	109	134	130	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	157	164	112	126	164	104	129	136	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	133	136	132	125	143	113	137	125	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	313	318	134	187	298	138	161	198	...
* Ausländer	1 000	63	58	17	22	50	16	18	24	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 144	1 194	487	659	1 098	502	584	726	...
* Ausländer	1 000	184	172	35	50	123	40	49	58	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 634	1 656	1 378	1 686	1 679	1 434	1 424	1 721	1 812
* Güterversand	1 000 t	1 423	1 498	935	1 546	1 626	1 263	1 246	1 755	1 584
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 468	14 383	13 940	23 508	19 455	13 214	15 024	18 959	17 334
Krafträder und Motorroller	Anzahl	558	642	354	1 283	1 379	237	751	1 448	1 750
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 795	12 575	12 602	20 499	16 678	11 893	12 932	15 859	14 167
* Lastkraftwagen	Anzahl	604	687	547	952	802	664	750	838	822
Zugmaschinen	Anzahl	417	375	369	622	466	337	494	670	462
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	8 943	9 152	7 540	8 562	8 484	8 093	7 576	8 565	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 940	1 898	1 240	1 614	1 763	1 412	1 509	1 745	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 003	7 253	6 300	6 948	6 721	6 681	6 067	6 820	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 739	2 650	1 755	2 249	2 461	2 066	2 044	2 368	...
* Getötete	Anzahl	80	67	51	57	64	88	69	60	...
Pkw - Insassen	Anzahl	42	34	34	31	28	49	35	41	...
Fußgänger	Anzahl	19	14	11	17	12	19	18	11	...
* Verletzte	Anzahl	2 659	2 583	1 704	2 192	2 397	1 978	1 975	2 308	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 589	1 481	1 192	1 378	1 360	1 366	1 199	1 390	...
Fußgänger	Anzahl	279	268	223	261	236	235	276	263	...
Schwerverletzte	Anzahl	853	830	537	686	820	683	628	734	...
Pkw - Insassen	Anzahl	452	427	339	373	392	415	327	397	...
Fußgänger	Anzahl	129	118	100	113	111	112	135	115	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	48 370	55 404	49 172	50 025	50 254	55 435	55 682	56 318	56 771
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	47 559	54 354	48 347	49 182	49 389	54 411	54 639	55 242	55 687
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	38 898	44 592	39 440	40 146	40 354	44 625	44 964	45 546	45 873
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 661	9 762	8 907	9 036	9 035	9 786	9 675	9 697	9 814
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 380	11 102	9 427	9 783	9 610	10 984	10 937	11 285	11 286
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 171	10 786	9 212	9 556	9 403	10 651	10 655	10 977	10 992
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	208	316	215	227	207	333	282	309	294
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 860	6 412	5 952	6 081	6 155	6 351	6 328	6 353	6 423
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 924	5 360	4 990	5 075	5 145	5 292	5 297	5 349	5 404
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	936	1 052	962	1 007	1 010	1 058	1 030	1 004	1 019
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 319	36 839	32 968	33 318	33 623	37 076	37 374	37 604	37 977
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	24 803	28 446	25 238	25 516	25 806	28 681	29 012	29 220	29 477
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 516	8 393	7 730	7 802	7 817	8 395	8 362	8 384	8 500
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	42 302	45 323	42 666	42 510	43 074	45 048	45 811	45 832	45 320
Sichteinlagen	Mill. DM	6 972	7 183	6 782	6 531	7 072	6 561	7 154	7 163	6 638
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 449	6 680	6 120	6 071	6 517	6 160	6 595	6 723	6 099
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	523	503	662	460	555	401	559	440	538
Termingelder	Mill. DM	9 752	11 866	9 974	10 045	10 111	12 522	12 818	13 050	13 367
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 539	10 705	8 728	8 851	8 994	11 342	11 574	11 790	12 191
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 213	1 160	1 246	1 195	1 117	1 180	1 244	1 260	1 176
* Spareinlagen	Mill. DM	25 578	26 275	25 910	25 933	25 892	25 964	25 840	25 619	25 316
* bei Sparkassen	Mill. DM	14 813	15 201	15 016	15 038	15 011	15 028	14 990	14 862	14 681
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 174	1 202	1 051	1 120	1 021	1 495	1 090	1 130	1 143
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 035	1 147	900	1 097	1 062	1 806	1 214	1 362	1 447
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	38	35	29	34	49	34	38	32	33
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	17 487	10 005	6 815	4 395	11 795	4 025	6 266	15 387	4 878
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	.	1	.	.	.	1	.
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	882	834	738	868	837	806	760	865	871
* Wechselsumme	1 000 DM	4 293	5 184	3 050	4 790	4 883	5 017	3 666	5 560	5 770
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	932 837	1 021 729	1 022 954	1 137 893	590 505	859 145	1 307 687	1 215 087	675 255
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	654 466	701 283	654 892	875 932	317 944	495 172	860 554	949 243	349 944
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	395 172	416 416	520 813	263 279	257 806	417 246	807 240	313 811	310 045
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	63 884	67 459	233 202	.	.	.	466 475	.	.
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	157 763	161 587	22 529	398 061	16 306	48 573	7 675	408 290	5 643
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	11 674	13 410	4 001	4 301	7 436	12 159	4 309	3 376	11 323
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	89 857	109 870	107 549	210 291	36 396	17 194	41 330	223 766	22 933
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	22 887	25 899	95 782	.	.	.	34 562	.	.
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	278 372	320 446	368 062	261 961	272 561	363 973	447 133	265 844	325 311
* Umsatzsteuer	1 000 DM	201 841	221 286	272 282	179 489	185 194	268 953	295 816	145 699	209 336
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	76 531	99 160	95 780	82 472	87 367	95 020	151 317	120 145	115 975
* Bundessteuern	1 000 DM	116 109	137 390	139 944	140 719	122 621	117 972	160 316	132 485	123 781
* Zölle	1 000 DM	7 624	8 982	9 835	9 032	9 056	10 728	24 659	6 720	8 720
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	106 298	126 386	127 088	130 698	111 592	105 498	143 414	122 517	112 963
* Landessteuern	1 000 DM	64 528	72 986	77 891	61 587	58 132	48 838	74 581	55 445	49 178
* Vermögensteuer	1 000 DM	15 163	15 501	33 677	3 789	2 967	2 904	33 498	3 875	3 097
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	32 048	40 047	28 888	37 195	35 040	27 418	20 772	30 274	27 720
* Biersteuer	1 000 DM	6 348	6 242	4 715	5 225	5 600	6 394	5 145	5 593	5 684
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	449 367	468 559	.	434 448
* Grundsteuer A	1 000 DM	7 701	8 016	.	5 680
* Grundsteuer B	1 000 DM	67 943	69 308	.	61 913
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	313 697	333 622	.	307 276
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 260	21 658	.	23 835
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 622	25 393	.	25 725

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	610 293	683 252	682 440	709 208	496 155	568 261	838 092	732 530	538 913
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	287 871	309 411	289 251	391 578	139 094	212 649	371 303	420 297	150 610
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	187 906	216 307	248 447	176 830	183 985	245 688	301 823	179 451	219 591
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	4 798	81	50 455	- 8 048	4 650	297	44 931
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	489 800	536 057	509 295	559 301	362 257	408 747	602 335	604 068	381 152
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	286 796	308 085	287 330	390 305	138 270	211 316	369 687	419 665	148 481
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 068	134 843	139 276	107 328	115 400	156 641	153 417	128 661	138 562
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	4 798	81	50 455	- 8 048	4 650	297	44 931
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	571 486	593 880	.	555 568
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto 1)	1 000 DM	203 584	216 181	.	199 704
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	232 232	242 761	.	228 692
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	106,5	110,9	108,8	109,3	109,9	113,7	114,9	115,6	116,3
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,4	108,2	107,2	107,7	108,2	110,8	111,5	111,8	112,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 = 100	159,7	173,1	164,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	489	516	.	.	518	517
* Männliche Arbeiter	DM	523	554	.	.	555	553
* Facharbeiter	DM	553	586	.	.	585	584
* Angelernte Arbeiter	DM	501	530	.	.	535	529
* Hilfsarbeiter	DM	425	453	.	.	451	450
* Weibliche Arbeiter	DM	346	366	.	.	365	374
* Hilfsarbeiter	DM	334	354	.	.	355	360
Bruttostundenverdienste	DM	11,59	12,28	.	.	12,29	12,48
* Männliche Arbeiter	DM	12,23	12,99	.	.	12,99	13,20
* Facharbeiter	DM	12,92	13,70	.	.	13,67	13,94
* Angelernte Arbeiter	DM	11,73	12,46	.	.	12,54	12,64
* Hilfsarbeiter	DM	10,02	10,70	.	.	10,58	10,86
* Weibliche Arbeiter	DM	8,69	9,20	.	.	9,18	9,44
* Hilfsarbeiter	DM	8,34	8,88	.	.	8,88	9,10
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,9	.	.	42,2	41,4
* Männliche Arbeiter	Std.	42,6	42,5	.	.	42,7	41,8
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,7	.	.	39,8	39,7
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 475	2 615	.	.	2 601	2 683
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 210	2 345	.	.	2 333	2 416
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 704	2 861	.	.	2 854	2 938
* männlich	DM	1 745	1 856	.	.	1 835	1 914
* weiblich	DM	3 098	3 259	.	.	3 231	3 317
* Technische Angestellte	DM	3 173	3 337	.	.	3 306	3 393
* männlich	DM	2 132	2 246	.	.	2 248	2 296
* weiblich	DM	2 871	3 028	.	.	3 017	3 090
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 584	2 735	.	.	2 739	2 803
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 037	3 221	.	.	3 226	3 302
* männlich	DM	2 047	2 165	.	.	2 163	2 213
* weiblich	DM	3 153	3 313	.	.	3 287	3 368
* Technische Angestellte	DM	3 218	3 381	.	.	3 353	3 435
* männlich	DM	2 243	2 351	.	.	2 345	2 398
* weiblich	DM	1 988	2 114	.	.	2 091	2 191
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 974	2 099	.	.	2 075	2 175
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 449	2 593	.	.	2 574	2 670
* männlich	DM	1 586	1 693	.	.	1 662	1 757
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979					1980		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 327	61 359 ^P	61 323	61 320	61 317	61 439
Eheschließungen 1)	Anzahl	27 351	28 682 ^P	13 701 ^P	16 940 ^P	26 733 ^P	26 665 ^P	14 808 ^P	21 200 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 039	48 392 ^P	45 671 ^P	43 803 ^P	47 329 ^P	45 088 ^P	52 076 ^P	48 375 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 268	59 197 ^P	62 436 ^P	58 625 ^P	64 075 ^P	59 729 ^P	64 201 ^P	57 870 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 12 229	– 10 805 ^P	– 16 765 ^P	– 14 822 ^P	– 16 746 ^P	– 14 641 ^P	– 12 125 ^P	– 9 495 ^P	...
Arbeitslose	1 000	993	876	1 171	1 134	958	867	1 037	993	876
Männer	1 000	489	417	645	629	482	418	557	527	434
Offene Stellen	1 000	246	304	238	267	302	268	282	313	337
Männer	1 000	154	198	148	168	195	176	183	203	218
Kurzarbeiter	1 000	191	88	135	167	170	80	98	102	94
Männer	1 000	149	59	105	124	117	56	76	76	69
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 641
Schlachtmenge 4)	1 000 t	349	364	379	327	372	344
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	117	123 ^P	107	116	122	131	115	123	130 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	119	125 ^P	114	122	126	134	120	128	133 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	116	122 ^P	108	117	122	130	115	124	129 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	117	125 ^P	106	119	125	120	117	127	131 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	121 ^P	108	116	122	142	114	124	130 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	120 ^P	109	116	121	128	114	122	130 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	122	126 ^P	113	119	119	133	121	124	128 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	103	109 ^P	56	70	97	105	73	88	108 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 584	7 608	7 543	7 549	7 561	7 648	7 631	7 650	7 662
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	772	771	785	750	816	695	791	783	806
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	83 379	92 121	81 284	79 922	94 763	95 339	94 601	97 531	104 346
Auslandsumsatz	Mill. DM	20 018	22 131	18 595	19 145	23 376	24 758	22 150	23 484	25 637
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 451	31 062	38 139	33 048	34 351	32 969	36 830
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 590	3 780	4 365	4 456	4 401	3 786	4 508	4 083 ^P	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 190	1 240	1 158	1 150	1 221	1 251	1 208	1 209	1 240 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	141	144	60	79	147	116	92	126	153 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 499	7 673	4 145	3 365	4 871	11 969	5 706
Baugenehmigungen 7)										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 114	14 427	.	.	.	13 825
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 149	13 525	.	.	.	12 648
Wohnfläche	1 000 qm	2 796	2 443	.	.	.	2 526
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 057	2 308	.	.	.	2 790
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	29 232	25 402	.	.	.	27 581
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	23 714	26 218	23 103	23 226	28 027	26 515	27 970	29 596	31 292
EG-Länder	Mill. DM	10 864	12 647	10 973	11 550	13 679	12 311	13 850	14 762	15 655
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 961	2 230	1 958	2 174	2 410	2 048	2 376	2 467	2 695
Dänemark	Mill. DM	527	570	463	496	617	539	587	600	651
Frankreich	Mill. DM	2 907	3 333	3 124	3 122	3 548	3 359	3 858	3 870	4 206
Großbritannien	Mill. DM	1 403	1 753	1 270	1 565	1 955	1 697	1 862	2 185	1 981
Irland	Mill. DM	84	109	127	95	128	101	99	112	142
Italien	Mill. DM	1 619	2 045	1 776	1 790	2 182	2 004	2 354	2 597	2 662
Niederlande	Mill. DM	2 363	2 608	2 255	2 308	2 839	2 562	2 715	2 931	3 318
Österreich	Mill. DM	1 218	1 372	1 113	1 222	1 459	1 358	1 428	1 581	1 680
Schweiz	Mill. DM	1 201	1 367	1 181	1 292	1 434	1 398	1 587	1 739	1 798
USA und Kanada	Mill. DM	1 857	1 935	1 768	1 626	1 948	1 958	2 039	2 075	2 181
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 956	3 757	3 818	3 192	3 915	3 797	3 851	4 125	4 180
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 470	1 570	1 323	1 271	1 735	1 777	1 545	1 560	1 706

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 7) 1979 ohne Bayern.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979					1980		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	20 320	24 347	21 053	20 843	24 634	25 729	27 628	29 136	29 287
EG- Länder	Mill. DM	9 981	11 778	10 280	10 285	12 701	11 700	12 438	13 811	13 701
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	1 711	1 951	1 691	1 717	2 223	1 816	1 985	2 243	2 167
Dänemark	Mill. DM	334	386	318	312	432	414	451	519	496
Frankreich	Mill. DM	2 357	2 766	2 492	2 541	3 093	2 862	2 899	3 278	3 326
Großbritannien	Mill. DM	1 005	1 435	1 021	1 047	1 327	1 557	1 573	1 891	1 957
Irland	Mill. DM	80	98	73	70	105	95	106	116	121
Italien	Mill. DM	1 931	2 150	1 903	1 936	2 293	1 988	2 007	2 433	2 358
Niederlande	Mill. DM	2 562	2 990	2 784	2 661	3 229	2 968	3 417	3 332	3 276
Österreich	Mill. DM	593	701	607	645	716	658	755	821	840
Schweiz	Mill. DM	790	886	786	778	919	858	971	1 006	1 218
USA und Kanada	Mill. DM	1 617	1 948	1 674	1 845	1 989	2 075	2 559	2 502	2 530
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 641	4 531	3 819	3 818	4 018	4 969	5 892	5 974	5 950
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 044	1 337	1 165	910	1 022	1 655	1 375	1 368	1 304
Einzelhandel										
Umsatz	1970 =100	180,7	191,6	166,3	157,9	197,7	248,7 ^P	189,1 ^P	174,0 ^P	200,5 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 =100	151,5	160,4	127,6	133,0	148,3	155,6 ^P	155,6 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 212	1 351	1 204	1 216	1 230	1 351	1 341	1 352	1 361 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	929	1 041	921	932	943	1 041	1 030	1 039	1 049 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	283	311	282	284	287	311	311	313	311 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	902	959	886	894	895	959	934	938	937 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	466	478	470	473	473	478	474	472	468 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	19 555	21 262	18 473	15 340	24 346	38 747	19 259	17 172	27 302 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 719	13 445	11 110	7 628	18 789	28 372	11 517	8 077	20 206 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	7 668	8 089	8 828	6 572	5 961	14 075	9 250	7 460	7 053 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 119	3 129	1 193	621	8 017	8 334	1 183	464	7 825 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	6 106	7 017	7 313	7 527	5 507	8 033	7 913	8 944	7 076 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 886	4 250	5 140	5 075	3 083	4 805	5 095	5 385	3 640 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 578	3 723	1 765	3 639	3 428	5 706	1 960	3 915	3 069 ^P
Zölle	Mill. DM	306	343	290	314	349	353	328	384	321 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 084	3 185	1 303	2 942	2 864	5 205	1 442	3 107	2 513 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel 3)	1970 =100	151,6	157,6	153,0	154,5	155,3	160,5	161,8	163,3 ^P	164,0 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	1970 =100	137,0	139,6	137,6	138,6	139,6	145,2	144,8	144,6	144,6 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 3)	1970 =100	146,3	153,6	148,5	149,6	150,9	157,8	160,2	161,5	162,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1970 =100	157,4	170,5	.	162,5
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 =100	159,7	173,1	.	164,9
Preisindex für den Straßenbau	1970 =100	139,5	153,9	.	144,4
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 =100	106,5	110,9	108,3	108,8	109,3	113,1	113,7	114,9	115,6
Nahrungs- und Genußmittel	1976 =100	106,4	108,2	106,8	107,2	107,7	109,4	110,8	111,5	111,8
Kleidung und Schuhe	1976 =100	109,4	114,2	111,5	112,0	112,5	117,0	117,8	118,6	119,5
Wohnungsmiete	1976 =100	106,4	109,8	107,9	108,2	108,5	112,3	112,9	113,5	114,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 =100	103,3	124,8	110,9	115,3	119,4	131,6	134,8	135,3	135,2
Übriges für die Haushaltsführung	1976 =100	106,8	110,2	108,6	108,8	109,3	112,5	113,8	114,6	115,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	1976 =100	105,1	110,0	106,6	106,7	107,3	112,5	109,7	114,1	116,1
Körper- und Gesundheitspflege	1976 =100	108,0	112,6	110,1	110,8	111,2	114,8	115,9	116,7	117,4
Bildung und Unterhaltung	1976 =100	103,4	106,1	105,4	105,5	105,6	107,0	107,3	107,7	108,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 =100	109,4	114,5	112,4	112,5	112,5	117,1	118,5	119,2	120,0

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Bauleistungen.

Umschlagsplus an Rhein und Mosel

In den rheinland-pfälzischen Häfen wurden im ersten Vierteljahr 1980 insgesamt 8,8 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 17% mehr als im gleichen Vorjahresquartal. Hierbei erhöhte sich der Versand um 31% auf 4,3 Mill. t und der Empfang um 6% auf 4,6 Mill. t. Fast drei Viertel der umgeschlagenen Güter waren Steine und Erden (47%) sowie Mineralölerzeugnisse (25%).

Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1979 stieg der Umschlag von Steinen und Erden um 33% auf 4,2 Mill. t. Besonders expansiv erwiesen sich hier Schotter (+ 79%), Naturwerksteine (+ 64%) sowie Sand und Kies (+ 59%). Ferner wurden an festen mineralischen Brennstoffen um 23% sowie an Eisen, Stahl und NE-Metallen um 35% mehr umgeschlagen. Bei Mineralölerzeugnissen blieb der Umschlag mit 2,2 Mill. t nahezu unverändert (+ 1,6%).

An der Spitze lagen die Häfen des Oberrheins mit einem Güterumschlag von 4,2 Mill. t (+ 15%). Es folgten die Häfen von der nördlichen Landesgrenze bis Bingen mit 2,6 Mill. t (+ 24%) sowie die Häfen am Mittelrhein von Bingen bis Worms mit 1,7 Mill. t (+ 13%). Die Moselhäfen erzielten mit 298 Tausend t Umschlag eine Zunahme um 14%.

Im grenzüberschreitenden Verkehr wurden um 32% mehr Güter verladen, aber nur um 2% mehr gelöscht. Im Verkehr mit anderen Bundesländern ergaben sich Zunahmen von 7% bei den Löschungen und von 42% bei den Verladungen. gz

Die Hälfte der Lastkähne und ein Drittel der Motorgüterschiffe in den letzten zehn Jahren außer Dienst gestellt

Die rheinland-pfälzische Binnenschiffsflotte hat im vergangenen Jahr um 5 auf 222 Güterschiffe abgenommen. Dagegen nahm die Zahl der Fahrgastschiffe von 70 auf 73 und die der Schlepper und Schubboote von 36 auf 40 zu.

Die 222 Güterschiffe setzten sich aus 163 Schiffen mit eigener Triebkraft, 12 selbstfahrenden Tankschiffen und 47 Lastkähnen zusammen. Nach Betriebsarten gliederte sich der Schiffsbestand in 95 Partikulier-, 90 Reederei- und 37 Werkschiffe. Von den 73 Personenschiffen waren 51 Partikulier- und 22 Reedereischiffe.

Die Güterschiffe verfügten über eine Tragfähigkeit von insgesamt 214 Tausend Tonnen. 64 selbstfahrende Einheiten besaßen Kapazitäten von 20 bis 650 Tonnen. In der Größenklasse zwischen 651 und 1 000 Tonnen lagen 58 Schiffe. Bei 53 Einheiten mit eigener Triebkraft lag die Tragfähigkeit über 1 000 Tonnen.

Von den 73 Personenschiffen mit einem Platzangebot für insgesamt 16 050 Personen, verfügten 16 über mehr als 300 Plätze. Die größte Gruppe stellten 42 Boote mit einem Fassungsvermögen zwischen 100 und 300 Personen. gz

Rheinland-pfälzische Ausfuhr im Januar um 0,5 Mrd. DM gestiegen

Im Januar 1980 expandierte die rheinland-pfälzische Ausfuhr wie in keinem Monat zuvor. Es wurden Güter im Wert von 1,8 Mrd. DM ausgeführt, was im Vergleich zum Januar 1979 einer Steigerung um 0,5 Mrd. DM bzw. 35% entspricht. Im Bundesgebiet betrug die Zunahme 22%.

Von dem Gesamtzuwachs der rheinland-pfälzischen Ausfuhr entfielen 54% auf die Europäischen Gemeinschaften, die um 37% mehr bestellten als im Vorjahresmonat. Die einzelnen Staaten der Europäischen Gemeinschaften waren in recht unterschiedlichem Umfang an dem Exportwachstum beteiligt: Großbritannien mit + 66%, Dänemark dagegen mit + 24%. Überdurchschnittlich expandierten die Warenlieferungen in die Niederlande (+ 50%), unser wichtigster Handelspartner Frankreich kaufte 31%, Italien 34% mehr Waren als im Januar 1979. san

Stundenverdienste in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien stiegen um 6,7%

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien lagen in Rheinland-Pfalz im Januar 1980 mit 11,36 DM um 6,7% und die Bruttowochenverdienste mit 494 DM um 5,6% über denen von Januar 1979. Bei den männlichen Arbeitern erhöhten sich die Stundenlöhne um 6,4% auf 12,19 DM, bei den weiblichen um 7,8% auf 8,55 DM. Die bezahlte Wochenarbeitszeit hat im gleichen Zeitraum um 0,4 Stunden auf 43,5 Stunden abgenommen.

Kaufmännische Angestellte erhielten im Januar 1980 6% mehr (2724 DM), technische Angestellte 7,7% (3199 DM). ze

Verbraucherpreise bleiben in Bewegung

Nach einer Preisberuhigung in den beiden vorausgegangenen Monaten ist im Mai der Heizölpreis erneut angestiegen, und zwar im Landesmittel um 5,9%. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Preisanstieg 26% und im Vergleich zum Höchstpreis während der Ölkrise Ende 1973 sogar 53%.

Die Verteuerung des Rohöls beeinflusste insbesondere auch die Preise von Benzin und Dieselöl, die um durchschnittlich 25% höher lagen als vor einem Jahr. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Preise für feste Brennstoffe und Gas um rund 12 bzw. 17%.

Billiger geworden sind im Mai gegenüber April nur wenige Artikel, wobei der Preisrückgang außerdem durchweg gering ist. Aber auch die Steigerungen halten sich in Grenzen, wenn man von Energiepreisen und Preisen einiger Saisonwaren absieht. Zu letzteren gehören — weitgehend als Folge der kalten Witterung — verschiedene Gemüse- und Obstsorten. wf

Kleinere Rinder- und Schweinebestände — Mehr Milch und Fleisch

Im Jahre 1979 wurde der Rinderbestand um rund 4100 auf 678 200 Tiere reduziert. Die Zahl der Milchkühe betrug noch 235 800 (— 1,1%). Demgegenüber verzeichneten die über ein Jahr alten weiblichen Rinder eine starke Zunahme.

Der Rinderbestand verteilte sich auf nicht ganz 31 900 Halter (— 2400 oder 7%). Die Zahl der Milchkuhhalter verringerte sich dabei auf nunmehr 24 900 (— 9%). Die durchschnittliche Bestandsgröße stieg bei den Rindern auf 21,3 und bei den Milchkühen auf 9,5 Tiere gegenüber 19,9 bzw. 8,7 im Jahr zuvor.

Innerhalb der letzten zwei Jahre gingen die Haltungen mit weniger als 50 Rindern zurück, während die Zahl derjenigen mit größeren Beständen anstieg. 1979 gab es schon 348 Bestände mit mehr als 100 Rindern.

Mit 687 000 Tieren blieb der Schweinebestand 1979 um 6% unter dem Vorjahresergebnis. Die Gesamtzahl der Halter sank von 37 400 auf 33 400 (— 11%). Die durchschnittliche Bestandsgröße nahm von 19,5 auf 20,5 zu. Auch die Zahl der Zuchtsauenhalter nahm um 14% auf 7100 ab. Der Durchschnittsbestand stieg dabei von 9,7 auf 11 an. Bestände mit 100 und mehr Schweinen gab es 1513.

Insgesamt wurden 1979 rd. 950 000 t Vollmilch erzeugt. Diese Menge übertraf die Vorjahreserzeugung um 30 000 t (+ 3%). Die Ursache liegt überwiegend im Anstieg der Milchleistung je Kuh. 1979 wurden 3977 kg Jahresleistung je Kuh erreicht. 94,2% der Erzeugung gingen an Molkereien.

1979 wurden aus inländischer Herkunft insgesamt 187 500 Rinder, 4700 Kälber, 1,3 Mill. Schweine, 26 500 Schafe und 1400 Pferde geschlachtet. Dazu kamen an 13 000 Rinder, 29 000 Schweine, 4700 Schafe und 247 Pferde aus Einfuhren. Bei den Schweinen war dies der bisher höchste Stand.

Die aus inländischer Herkunft gewonnene Schlachtmenge belief sich auf rund 163 100 t (+ 3%), wovon 55 600 t (34%) auf Rindfleisch entfielen. Die Schweine waren mit 106 000 t (65%) beteiligt. Mit den Schlachtungen von Importvieh (6000 t) ergab sich insgesamt ein Fleischaufkommen von 169 100 t. po

Mehr über dieses Thema auf Seite 142

Geringerer Schweinebestand als vor Jahresfrist

Anfang April 1980 befanden sich rund 725 000 Schweine in rheinland-pfälzischen Ställen. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres waren das 1,6% weniger Tiere, gegenüber dem Stand bei der vorangegangenen Zählung im Dezember jedoch 5,5% mehr.

Der Bestand setzte sich im einzelnen aus 228 400 Ferkeln, 173 400 Jung-, 238 000 Mastschweinen, 81 000 Zuchtsauen und annähernd 4000 Ebern zusammen. Verglichen mit April 1979 büßten die meisten Gruppen

zahlenmäßig ein. Die Zahl der trächtigen Sauen war jedoch um 2,3% größer als vor Jahresfrist. Dabei ist zu bemerken, daß diese Zunahme zum größten Teil auf die zum ersten Mal trächtigen Jungsauen entfiel. Die insgesamt größere Zahl trächtiger Tiere deutet auf Bestandsaufstockungen hin.

Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe belief sich auf 28 600. Sie reduzierte sich damit gegenüber April 1979 um rund 3%. po

Themen der letzten Hefte**Heft 2/Februar 1980**

Ausländer 1979

Tätigkeit der Verwaltungsgerichte 1969 bis 1978

Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit - Teil 2
Regionale Bevölkerungsprognose

Heft 3/März 1980

Personal von Land und Gemeinden 1979

Absatzintensität und Unternehmensverflechtung im

Einzelhandel 1970 bis 1978

Beheizung der Wohnungen

KREK-Kreditorenbuchhaltung in Krankenhäusern

System der kleinräumlichen Gliederung für die

Heft 4/April 1980

Sozialprodukt 1979

Beurteilung der Wohngegend

Schlüsselzuweisungen nach der Reform

des kommunalen Finanzausgleichs

Fremdenverkehr in den Fördergebieten 1972 bis 1979

Das handwerksähnliche Gewerbe

Infektionskrankheiten 1979

Heft 5/Mai 1980

Ausbildungschancen der Abiturienten

Strukturwandel im Einzelhandel

Außenhandel mit dem Ostblock 1970 bis 1979

Nutzung der Bodenflächen 1979

Arbeitnehmerverdienste 1979

Themen der folgenden Hefte

Verbesserung der Umweltbedingungen

Zerlegung der Lohnsteuer

Lohnsteuerpflichtiges Einkommen 1977

Umsatz und seine Besteuerung 1978

Kommunalfinanzen 1. Quartal 1980

Gebäude, Wohnungen und Mieten 1978

Unfälle von Jugendlichen

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.